

V. Die nationalsozialistische Konkurrenz

Schon die Zeitgenossen nahmen die KPD meist als eine rein internationalistisch ausgerichtete Partei wahr, der jeglicher Nationalismus fremd war. Um so größer war daher im August 1930 die Überraschung, als in der *Roten Fahne* die „Programmerklärung zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes“ erschien. Dass im Titel die „nationale“ vor die „soziale“ Befreiung gesetzt wurde, kündigte an, in welchem Ton der Text gehalten war: So versprach die KPD in diesem Manifest nicht nur, nach ihrer „Machtergreifung“ den „räuberischen Versailler ‚Friedens‘-Vertrag und den Youngplan, der Deutschland knechtet, [zu] zerreiß“ und alle Reparationszahlungen zu annullieren, sondern erklärte darüber hinaus „denjenigen deutschen Gebieten, die den Wunsch danach äußern werden, die Möglichkeit des Anschlusses an Sowjetdeutschland [zu] sichern“.¹

Dieser offene Nationalismus der KPD wurde sowohl von vielen Zeitgenossen als auch später von Historikern als ein Bruch mit dem von den Kommunisten üblicherweise proklamierten Internationalismus gewertet. Weil in der Forschung zudem schon lange vermutet wurde, dass Stalin persönlich die „Programmerklärung“ vom August 1930 initiiert habe², interpretierte man dieses Dokument häufig als Schachzug der sowjetischen Außenpolitik: Der sowjetische Generalsekretär habe mithilfe der nationalistischen Befreiungspropaganda der KPD die deutsch-französischen Beziehungen zu torpedieren versucht, weil er gefürchtet habe, dass sich Deutschland in die vermeintliche antisowjetische Front einreihe. Unmittelbarer Anlass sei der Plan des französischen Außenministers Briand vom 1. Mai 1930 gewesen, in dem dieser vorschlug, einen europäischen Staatenbund zu schaffen.³

Anhand der nun zugänglichen Akten lässt sich mittlerweile belegen, dass Stalin tatsächlich die „Programmerklärung“ angeregt hat – doch werfen diese Dokumente ein anderes Licht auf seine Motive. Zwar dürfte Stalin in Briands Plan tatsächlich einen erneuten Vorstoß Frankreichs gesehen haben, eine antisowjetische Allianz zu schmieden: Wenige Wochen später bezeichnete er Frankreich mit Bezug auf diesen Plan als das „alleraggressivste, allermilitaristischste aller aggressiven und militaristischen Länder der Erde“.⁴ Der zeitliche Ablauf der Entstehung der „Programmerklärung“ belegt jedoch, dass diese nicht als direkte Reaktion der sowjetischen Führung auf diese Initiative der französischen Regierung entstanden

¹ Die „Programmerklärung“ erschien am 24. 8. 1930 in der *Roten Fahne* und ist wieder abgedruckt in: Weber, *Der deutsche Kommunismus*, S. 58–65. Vgl. dazu die aus dem Russischen übersetzte Vorlage vom 22. 7. 1930, RGASPI 495/3/170: 400–406.

² Vgl. Schüddekopf, *Linke Leute von rechts*, S. 289.

³ Maßgeblich für diese Interpretation: Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, S. 42f. Vgl. ferner: Niclauss, *Die Sowjetunion und Hitlers Machtergreifung*, S. 21–42. Carr, *Twilight of Comintern*, lässt die Ursachen für die Programmerklärung außen vor.

⁴ Stalins Rede vor dem 16. Parteitag der VKP(b) am 27. Juni 1930, in: ders., *Werke*, Bd. 12, S. 207–326, hier: S. 224.

ist, sondern bereits einige Monate früher als Reaktion auf den Aufstieg des Nationalsozialismus konzipiert wurde.

Um die Hintergründe der „Programmerkklärung“ der KPD angemessen bewerten zu können, ist es zunächst notwendig, erstens einen Blick auf den marxistischen Nationalismus zu werfen, zweitens kurz auf den Vorläufer der nationalpopulistischen Kampagne der KPD des Jahres 1930 hinzuweisen – den so genannten Schlageterkurs von 1923 – und drittens schließlich auf den meiner Meinung nach ausschlaggebenden Faktor für die Entstehung der „Programmerkklärung“ von 1930 einzugehen: Stalins Überlegungen zur „nationalen Frage“, wie sie sich in der sowjetischen Nationalitätenpolitik niedergeschlagen haben. Erst diese Hintergründe ermöglichen es, die Entstehungsgeschichte der „Programmerkklärung“ selbst und die Reaktionen darauf zu analysieren.

1. Marxistischer Nationalismus und sowjetische Nationalitätenpolitik

Zu den am weitesten verbreiteten Missverständnissen der Kommunismusforschung gehört die Auffassung, der Nationalismus sei dem Marxismus fremd gewesen.⁵ In diesem Zusammenhang werden meist die zwei berühmten Sätze aus dem *Kommunistischen Manifest* von Marx und Engels zitiert: „Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.“⁶ Die Nationalismen der kommunistischen Parteien und insbesondere Stalins Lobpreisungen der russischen Nation sind daher immer wieder als ein besonders krasses Beispiel einer „Abweichung“ vom Marxismus gewertet worden.

In dieser Interpretation ist allerdings übersehen worden, dass es durchaus auch einen genuin *marxistischen* Nationalismus gab. Verkürzt ist die Sichtweise bereits in einem ganz direkten Sinne, denn die Passage des *Kommunistischen Manifestes* zur Bedeutung der Nation für das Proletariat wird meist unvollständig wiedergegeben. Unmittelbar im Anschluss an die Feststellung, dass die Arbeiter kein Vaterland hätten, schließt sich im Manifest folgende Passage an:

„Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern [muss], sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muss, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie. Die nationalen Absonderungen und Gegensätze der Völker verschwinden mehr und mehr schon mit der Entwicklung der Bourgeoisie [...]. Die Herrschaft des Proletariates wird sie noch mehr verschwinden machen.“⁷

Zwar sahen Marx und Engels in der Nation also lediglich eine Zwischenstufe in der geschichtlichen Entwicklung, aber ihre Feststellung, dass die Arbeiter kein Vaterland hätten, bedeutete für Marx und Engels nicht, dass die Nation für das Proletariat deshalb irrelevant sei – sondern im Gegenteil: dass es sich dieses „Va-

⁵ Vgl. Mommsen, Die sozialistische Arbeiterbewegung und die nationale Frage, v. a. S. 87.

⁶ Marx/Engels, Das Kommunistische Manifest, in: dies., Werke, Bd. 4, S. 479.

⁷ Ebenda.

terland“ noch erobern musste. Erst danach würde der weitere historische Prozess die Nationen miteinander verschmelzen lassen.

An dieser Stelle setzt nun der spezifische Nationalismus von Marx und Engels an, denn sie hatten schon recht konkrete Vorstellungen, in welcher Reihenfolge dieses „Verschmelzen“ vonstatten gehen sollte, bewerteten sie doch die Nationen und nationalen Bewegungen ihrer Zeit höchst unterschiedlich. Die Lektüre der Schriften von Marx, vor allem aber von Friedrich Engels zeigt, dass sie seit 1848 von einer ausgeprägten Abneigung gegenüber den „kleinen“ Nationen der Tschechen und Kroaten geprägt waren. Insbesondere die Tschechen hatten sich 1848 nämlich gegen die Pläne der Paulskirche für einen „modernen“, auf Assimilation ausgerichteten deutschen Nationalstaat gewandt und es vorgezogen, auf Seite der Habsburger weiterhin in einem aus der Sicht von Marx und Engels „überlebten“ multiethnischen Staat zu verbleiben. Die beiden deutschen Denker meinten, dass die kleinen Nationen bei der Bildung großer Nationalstaaten in der jeweiligen Titularnationen aufgehen und in einem „universalen revolutionären Sturm verschwinden“ sollten. Doch anstatt diesen Schritt in die Moderne zu gehen, wie Marx und Engels ihn verstanden, hatten sich diese Nationen mit ihrer Option für das multiethnische Habsburger Reich auf die Seite der „Konterrevolution“ gestellt, weil sie somit die „feudalen“ Strukturen in Mitteleuropa stützten. Aus diesem Grunde unterschieden Marx und Engels (hierin Hegel folgend) zwischen „historischen“ Nationen wie den Deutschen, den Polen und den Ungarn – also Nationen, die den „Fortschritt“ verkörperten, weil sie gegen den Feudalismus aufbegehrten – und den „nichthistorischen“ Nationalitäten, wie den Tschechen und Kroaten, die den Fortschritt aufhielten, indem sie sich von autokratischen Herrschern protegieren ließen.

Eine solche Auffassung, der zufolge die deutsche Nation und somit der 1871 gegründete deutsche Nationalstaat ein Träger des Fortschrittes waren, hielt sich in der deutschen Arbeiterbewegung bis zum Ersten Weltkrieg: Als die deutschen Sozialdemokraten 1914 im Reichstag die Kriegskredite bewilligten, taten sie dies nicht zuletzt, weil sie im Krieg gegen das zaristische Russland einen Kampf zwischen Fortschritt und Barbarei erblickten. Auf diese Weise war der Nationalismus lange vor 1917 zu einem integralen Bestandteil des Marxismus geworden.

Als nach dem Ersten Weltkrieg die Kommunistische Internationale gegründet wurde, wurde dies unter anderem damit begründet, dass die europäische Sozialdemokratie im Jahre 1914 historisch versagt habe, weil sie die nationale Loyalität über die internationale Klassensolidarität gestellt habe. Mit der Bewilligung der Kriegskredite hätten sich die Parteien der sozialistischen Internationale auf ewig diskreditiert. Jedoch spielten die Kommunisten nach 1918 selbst immer wieder mit dem Feuer des Nationalismus – die „Programmerklärung“ der KPD von 1930 war längst nicht der einzige derartige Fall. Schon im Jahre 1923 hatten die Kommunisten während des „Ruhrkampfes“ gegen die französische Besetzung des Ruhrgebietes mit dem so genannten Schlageterkurs Aufsehen erregt – damals ehrte der Deutschlandexperte der Komintern, Karl Radek, den Freikorpskämpfer Albert Leo Schlageter, der wegen Sprengstoffanschlägen von einem französischen Erschießungskommando hingerichtet worden war, öffentlich als „Märtyrer des deutschen Nationalismus“ und „mutigen Soldaten der Konterrevolution“, der es

verdiene, „von uns Soldaten der Revolution männlich ehrlich gewürdigt zu werden“.⁸ Diese Rede bildete den Auftakt für eine mehrere Monate andauernde nationalistische Kampagne der KPD, in deren Verlauf sich die Partei als Kämpferin gegen den „französischen Imperialismus“ zu profilieren versuchte.⁹

Ebenso wie die „Programmerklärung“ von 1930 ist auch der „Schlageterkurs“ von 1923 in der Forschung häufig als eine Initiative gewertet worden, die vorrangig den Interessen der sowjetischen Außenpolitik entsprang und dabei vor allem als Versuch interpretiert worden, den deutsch-französischen Gegensatz weiter zu verschärfen¹⁰ oder auf diese Weise gar ein militärisches Bündnis zwischen Deutschland und der Sowjetunion herzustellen.¹¹ Wie neuere Forschungen zeigen, bedurfte es 1923 allerdings gar nicht solch plumper Signale, um die militärische Zusammenarbeit zwischen den beiden Staaten auf den Weg zu bringen, denn diese war damals bereits recht weit fortgeschritten.¹² Radek sah seine nationalistische Offerte denn auch im Zusammenhang mit der geplanten Revolution in Deutschland. Da er die faschistischen Kräfte in Deutschland als einen sehr starken Faktor einschätzte, wollte er erstens Auseinandersetzungen mit der radikalen Rechten während der bevorstehenden Revolution „auf jede Art und Weise vermeiden“, indem er sie durch den kommunistischen Nationalismus – so seine Formulierung – „neutralisierte“, und zweitens im rechtsradikalen Lager Verbündete für einen Staatsumsturz suchen.¹³

Anders als es die Vorstellung von der außenpolitischen Instrumentalisierung des kommunistischen Nationalismus nahe legt, musste die KPD damals zudem keinesfalls zu der nationalistischen Taktik gedrängt werden – im Gegenteil: Im Denken einiger Spitzenfunktionäre wie Clara Zetkin nahm der Nationalismus trotz der Ereignisse des Jahres 1914 einen breiten Raum ein. So wie sie schon 1910 von einem sozialistischen „dritten Reich“ geträumt und sich bemüht hatte, auf diese Weise Sozialismus und Nationalismus zu verbinden¹⁴, forderte sie auch nach dem Krieg immer wieder eine „nationale Wiedergeburt“ oder die „Rettung Deutschlands“.¹⁵ Die nationalistische Taktik des Jahres 1923, zu deren Initiatoren Zetkin gehörte, passte sich somit in eine längerfristige politische Strategie der alten Spartakistin ein.

⁸ Die Rede erschien am 26. 6. 1923 unter der Überschrift „Leo Schlageter, der Wanderer ins Nichts“ auf der ersten Seite der Roten Fahne. Wieder abgedruckt in: Weber, *Der deutsche Kommunismus*, S. 142 ff.

⁹ Zu dieser Phase vgl. Angress, *Die Kampfzeit der KPD*, S. 364–376 (Zitat S. 367); Schüddekopf, *Linke Leute von rechts*, S. 139–164; Luks, *Entstehung der kommunistischen Faschismustheorie*, S. 62–67. Dupeux, „Nationalbolschewismus“ in Deutschland, S. 178–205; Zu Radeks Aktivitäten in Deutschland nach dem Ersten Weltkrieg vgl. Goldbach, *Karl Radek und die deutsch-sowjetischen Beziehungen*.

¹⁰ Hermann Weber, Vorwort, in: Bayerlein, *Deutscher Oktober*, S. 19–34, hier: 24.

¹¹ Vgl. die Darstellung von: Fischer, *Stalin und der deutsche Kommunismus*, S. 318–333.

¹² Über die militärische Zusammenarbeit seit 1922 vgl. Gorlov, „Sovershenno sekretno“, S. 75–89.

¹³ Vgl. Protokoll der Debatte des Politbüros der RKP(b) über die internationale Lage am 21. 8. 1923, abgedruckt in: Bayerlein (Hg.), *Deutscher Oktober 1923*, S. 120 f.

¹⁴ Vorwärts vom 22. 2. 1910, zitiert nach: Puschnerat, Zetkin, S. 335.

¹⁵ Vgl. Puschnerat, Zetkin, S. 312–335.

Wenn sich nun ausgerechnet der Georgier Stalin zum „großrussischen Chauvinisten“ wandelte, wie ihm auch Lenin schließlich vorwarf¹⁶, so lag dies daran, dass er eine vergleichbare Vorstellung von Fortschritt besaß wie Marx und Engels: Auch für Stalin gab es „fortschrittliche“ und „rückständige“ Nationen und auch er bemaß diesen Fortschritt nicht nach ethnisch-rassischen Kriterien, sondern danach, wie weit eine Nation auf dem Weg in die „Moderne“ gekommen war. In Stalins Augen waren die Russen vor allem deshalb fortschrittlicher als die übrigen Völker des russischen Imperiums, weil es in Russland bereits große Industriebetriebe und eine „Arbeiterklasse“ gab.¹⁷ Während Stalin die Russen als ein Volk betrachtete, das sich daher bereits der universalen, also supranationalen Zivilisation der Moderne angenähert habe, sah er die Ethnien des Kaukasus noch in „mittelalterlichen“ Gebräuchen wie schiitischen Selbstgeißelungs-Prozessionen und der Blutrache gefangen.¹⁸ Nicht weil er den Russen irgendwelche ethnischen Besonderheiten zuschrieb, sondern gerade weil ihnen diese Besonderheiten *fehlten*, sah Stalin in ihnen also die Träger des Fortschrittes.

Mit dieser Unterscheidung zwischen „progressiven“ und „rückständigen“ Nationen bewegte sich Stalin also durchaus in der marxistischen Tradition – sie führte ihn aber auch auf den Pfad eines missionarischen Imperialismus.¹⁹ Schon im April 1905 zeigte er sich vor Erdöl-Arbeitern in Batumi am Kaspischen Meer davon überzeugt, dass die Bolschewiki nicht nur für das russische Proletariat und die Völker des russischen Imperiums, sondern sogar „für die gesamte Menschheit, für die gesamte moderne Zivilisation verantwortlich“ seien.²⁰ Nachdem auf den russischen Oktoberumsturz keine erfolgreichen Aufstände in den industrialisierten Ländern Westeuropas folgten, festigte sich nicht nur bei Stalin diese Auffassung.²¹ Wie bereits erwähnt sahen auch die meisten westeuropäischen Kommunisten im bolschewistischen Modell des gewaltsamen Aufstandes den einzig gangbaren Weg zur proletarischen Revolution und in den Bolschewiki daher die unbestrittenen Lehrmeister, nachdem die Misserfolge der KPD und die sowjetischen

¹⁶ Martin, *The Affirmative Action Empire*, S. 71.

¹⁷ Damit erklärte Stalin Ende 1919 auch den Vormarsch der Sowjettruppen gegen die Armeen Kolchaks und Denikins im Bürgerkrieg: Während die sowjetischen Truppen sich auf die industriellen, also revolutionären Zentren Russlands stützten, habe die „Konterrevolution“ ihre Basis an der nicht industrialisierten Peripherie des Reiches. Vgl. Josef Stalin, *Zur militärischen Lage im Süden*, 26. 12. 1919, in: ders., *Werke*, Bd. 4, S. 250–258, hier, S. 253.

¹⁸ Vgl. Josef Stalin, *Marxismus und nationale Frage*, in: ders., *Werke*, Bd. 2, S. 266–333, hier: S. 300. In diesem Aufsatz schrieb Stalin ferner: „Die nationale Frage im Kaukasus kann nur im Geiste der Einbeziehung der zu spät gekommenen Nationen und Völkerschaften in den allgemeinen Strom der höheren Kultur gelöst werden.“ Ebenda, S. 319. Die Träger dieser vermeintlich „höheren“ Kultur waren die Russen. Zu Stalins Auffassung über das kulturelle Niveau der Russen vgl. auch: van Ree, *Political Thought*, S. 62–72.

¹⁹ Vgl. Shapoval, *Der russische Nationalismus*.

²⁰ Zitiert nach: van Ree, *Political Thought*, S. 69. Vgl. dazu auch: Josef Stalin, *Die internationale Konterrevolution*, in: ders., *Werke*, Bd. 1, S. 216–218: „Das Proletariat Russlands marschiert an der Spitze [...] der demokratischen Revolution [...]. Kein Zweifel, dass der kommende neue Ausbruch der russischen Revolution das europäische Proletariat noch entschiedener zum Kampf mobilisieren wird.“

²¹ Vgl. van Ree, *Political Thought*, S. 70–72.

Siege nach dem Ersten Weltkrieg die bisherige Hierarchie in der internationalen Arbeiterbewegung auf den Kopf gestellt hatten.

Aus seiner Überzeugung, dass die Russen vor allem gegenüber den Angehörigen der „rückständigen“ Nationen des sowjetischen Imperiums eine Führungsposition einnehmen sollten, ergab sich für Stalin paradoxerweise allerdings nicht der Schluss, dass diese Nationen schnellstmöglich in größeren und „fortschrittlicheren“ Nationen aufgehen müssten²², wie dies Marx und Engels als Weg in die Moderne vorgeschwebt hatte. Vielmehr war die von ihm und Lenin geprägte sowjetische Nationalitätenpolitik geradezu besessen von dem Gedanken, die verschiedenen Nationalitäten des russischen Imperiums in ihrer Entwicklung zu *fördern*, damit sie sich zu „vollwertigen“ also ebenfalls „modernen“ Nationen wandelten, wie dies bei den Russen der Fall war. Im Verlaufe dieser als „korenizacija“ (Indigenisierung) bezeichneten Politik schufen die Bolschewiki nicht nur fest umgrenzte nationale Territorien und bildeten neue, einheimische Eliten aus, sondern gingen sogar so weit, zuweilen völlig neue Schriftsprachen schaffen zu lassen, wenn solche zuvor nicht existiert hatten. Die Partei sollte sich auf diese Weise an die Spitze des nicht-russischen Nationalismus stellen.²³ „Man kann nicht gegen die Geschichte anrennen“, begründete Stalin im Jahre 1921 die Notwendigkeit, die Nationsbildungsprozesse innerhalb der Sowjetunion voranzutreiben, anstatt sie abzubremesen.²⁴ Die Sowjetunion ist in der amerikanischen Forschung daher als ein *affirmative action empire*, ein Imperium der positiven Diskriminierung bezeichnet worden.²⁵ Freilich bewegte sich diese Nationalitätenpolitik weiterhin im Rahmen der zivilisatorischen Mission der Bolschewiki. Denn nichts stand ihnen ferner als der „bürgerliche“ Nationalismus: Die sowjetischen Nationalkulturen durften nämlich nur „ihrer Form nach“ national sein, wie es Stalin im Jahre 1925 formulierte, diese „Form“ aber sollte einen „proletarischen Inhalt“ umkleiden.²⁶

Einer solchen Politik, welche die Entwicklung von Nationalitäten demonstrativ förderte, hatten sich viele Funktionäre widersetzt, da sie im Nationalismus ein überlebtes Phänomen einer untergehenden Epoche sahen. Vor dem 12. Parteitag der VKP(b) im Jahre 1923, auf dem die Indigenisierung zur offiziellen Politik erhoben wurde, meldeten viele Bolschewiki Zweifel an dieser Linie an, und Zi-

²² Zumindest gilt dies für die Zeit nach 1913. In den Jahren zuvor hatte er zeitweise die Meinung vertreten, dass die „so genannten ‚nationalen Interessen‘“ nicht wert seien, sich dafür einzusetzen. Vgl. dazu: van Ree, *Political Thought*, S. 61 f.; und: Josef Stalin, *Welche Auffassung hat die Sozialdemokratie von der nationalen Frage?* in: ders., *Werke*, Bd. 1, S. 28–48.

²³ Vgl. Slezkine, *The USSR as a Communal Apartment*.

²⁴ Josef Stalin, Schlusswort auf dem 10. Parteitag der KPR(b) [RKP(b)] am 10. 3. 1921, in: ders., *Werke*, Bd. 5, S. 39–42, hier S. 42.

²⁵ Vgl. Martin, *The Affirmative Action Empire*. Vgl. auch die Fallstudie zu Azerbajdžan: Baberowski, *Der Feind ist überall*, v. a. S. 184–214.

²⁶ Josef Stalin, Über die politischen Aufgaben der Universität der Völker des Ostens. Rede vor den Studenten der Kommunistischen Universität der Werktätigen des Ostens am 18. 5. 1925, in: ders., *Werke*, Bd. 7, S. 115–131, hier: S. 119. Später wurde daraus die prägnante Formel „Sozialistisch im Inhalt, national in der Form“. Zu der Konzeption der sowjetischen Nationalitätenpolitik vgl. zusammenfassend die Rede Stalins vor dem 16. Parteitag der VKP(b) am 27. Juni 1930, in: ders., *Werke*, Bd. 12, S. 207–326, hier: S. 316–324.

nov'ev fragte erstaunt, ob „nicht irgend wo im Kommunistischen Manifest geschrieben [steht], dass das Proletariat kein Vaterland hat, Arbeiter der Welt vereinigt Euch, etc?“²⁷ Diese Auseinandersetzung hatte bereits Jahre zuvor auf dem 8. Parteitag der Bolschewiki im März 1919 einen ersten Höhepunkt erreicht, als über das von den Sowjets proklamierte Recht auf „nationale Selbstbestimmung“ diskutiert wurde. Georgij Pjatakow und Nikolaj Bukharin nahmen in diesem Disput einen internationalistischen Standpunkt ein: Pjatakow sah in der Parole der nationalen Selbstbestimmung schlicht einen Schlachtruf der Konterrevolution²⁸ und Bukharin erklärte, dass sich diese Losung nicht mit der proletarischen Diktatur vereinbaren lasse, weil eine Nation neben dem Proletariat nun einmal auch andere Klassen umfasse.²⁹

Im Bürgerkrieg mussten die Bolschewiki allerdings erkennen, dass ihnen die Existenz dieser nichtproletarischen Klassen vor allem an der kaukasischen und asiatischen Peripherie des russischen Imperiums das Leben schwer machte, fühlten sich diese doch weniger von den Parolen des Klassenkampfes als vielmehr von denen der nationalen Befreiungsbewegungen angezogen. Lenin und Stalin erkannten damals früher als andere, welche enorme mobilisierende Kraft dem Nationalismus weiterhin innewohnte. Lenin erklärte den Delegierten des 8. Parteitages, dass selbst die Proletarier in den „fortgeschrittenen“ Ländern wie Polen und Deutschland noch starke nationale Bindungen empfänden, die sie gegen die sozialistische Revolution immunisierten.³⁰ An der Peripherie des übernommenen Imperiums jedoch gab es noch nicht einmal eine nennenswert große Gruppe, die sich als Proletariat bezeichnen ließ. Mit ihren sozialistischen Identitätsangeboten kamen die Bolschewiki dort daher nicht weit. Wenn man den nationalen Bedürfnissen der Menschen keine Konzessionen mache, so waren Lenin und Stalin deshalb überzeugt, werde man sie nicht für die Sowjetmacht gewinnen können. „Nationaler Nihilismus“, so warnte Stalin schon 1918, schade dem Sozialismus, weil er letztlich den „bürgerlichen Nationalisten“ in die Hände spiele.³¹

2. Die nationalpopulistische Wende der KPD

Die Erkenntnis von der Macht des Nationalismus hatte für Stalin eine universale Gültigkeit. Sie beeinflusste daher auch seine Auffassung darüber, wie sich die mittel- und westeuropäischen Kommunisten gegenüber dem Nationalismus verhal-

²⁷ So gab Zinov'ev, der zunächst selbst dieser Linie kritisch gegenüber gestanden hatte, die Kritik vieler Genossen wieder. Zitiert nach: Martin, *The Affirmative Action Empire*, S. 20.

²⁸ Martin, *The Affirmative Action Empire*, S. 2.

²⁹ Vgl. Baberowski, *Der Feind ist überall*, S. 195–197.

³⁰ Vgl. ebenda, S. 197. Angesichts dieser Feststellung ist es fraglich, ob Lenin den „Nationalbolschewismus“, für den Radek im Januar 1920 plädierte, tatsächlich „glattnweg als himmelschreienden Unsinn“ ablehnte, wie dies Ruth Fischer behauptete. Vgl. Fischer, *Stalin und der deutsche Kommunismus*, S. 113.

³¹ Josef Stalin, Schlusswort auf der Beratung über die Einberufung des Konstituierenden Kongresses der Tatarisch-Baschkirischen Sowjetrepublik vom 16. 5. 1918, in: ders., *Werke*, Bd. 4, S. 79f. Vgl. van Ree, *Political Thought*, S. 78f.

ten sollten. Besonders aufschlussreich ist in dieser Beziehung ein Tagebucheintrag Dimitrovs vom Mai 1934 über ein Gespräch mit Stalin über die „nationale Frage“ und ihre Bedeutung insbesondere für Deutschland. Die Notizen Dimitrovs zu diesem Gespräch sind zwar äußerst knapp, doch belegen sie hinreichend, dass der sowjetische Diktator davon überzeugt war, dass sich der Nationalismus in anderen Ländern ebenso für die Ziele der Kommunisten instrumentalisieren ließ, wie dies in der Sowjetunion der Fall war: „Prolet[arischer] Internationalismus und Nationalismus. – Durch soziale Befreiung – nationale Unabhängigkeit.“³²

Hier wurde von Stalin kein Gegensatz formuliert, sondern ein Stufenmodell rekapituliert, das direkt aus den sowjetischen Erfahrungen abgeleitet war. Mit wenigen Worten hatte der Diktator die Grundidee eines kommunistischen Nationalismus umrissen: Die Kommunisten sollten die sozialistische Revolution als Königsweg zur nationalen Befreiung preisen und damit die Menschen gewinnen, die sich von den Parolen des Klassenkampfes nicht mitreißen ließen. Sein Gespräch mit Dimitrov war nicht die erste Gelegenheit, in der Stalin diesen Gedanken formuliert hatte: Schon im Sommer 1923 hatte er während der Beratungen des russischen Politbüros über die „deutsche Revolution“ darauf hingewiesen, wie wichtig es für das Gelingen des kommunistischen Aufstandes sei, den „richtigen nationalen Ton“ zu treffen.³³

Welche Mobilisierungskraft Stalin zeit seines Lebens dem Nationalismus zumaß, zeigt sich auch daran, dass er dieses Thema selbst nach dem Zweiten Weltkrieg immer wieder aufgriff. So drängte er die SED-Führung noch nach dem Scheitern seines Wiedervereinigungsangebotes vom März 1952 – der berühmten „Stalinnote“³⁴ – sich weiterhin als Verteidiger der deutschen Einheit zu stilisieren und auf diese Weise bei der westdeutschen Bevölkerung mit nationaler Propaganda zu punkten: „Diese Waffe befindet sich jetzt in Euren Händen“, schärfte er Ulbricht und Pieck ein, „sie muss man alle Zeit in den eigenen Händen behalten.“³⁵

Sowohl Stalins verschiedene Äußerungen zur „nationalen Frage“ als auch die Entstehungsgeschichte der „Programmerkklärung zur nationalen und sozialen Befreiung“ von 1930 belegen, dass er fest daran glaubte, die KPD könne mit nationalistischen Parolen Anhänger gewinnen. In der Schlussphase der Weimarer Republik war dies eine riskante Strategie: Wie wir noch sehen werden, brachte diese Taktik aus Sicht der Bolschewiki schließlich ebenso unerwünschte Nebeneffekte hervor wie die Indigenisierungspolitik in der Sowjetunion.

³² Bayerlein, Dimitroff. Tagebücher, Bd. 1, S. 107.

³³ Vgl. Protokoll der Debatte des Politbüros der RKP(b) über die internationale Lage am 21. 8. 1923, abgedruckt in: Bayerlein (Hg.), *Deutscher Oktober 1923*, S. 120, 127. Dass Stalin, wenn er über die „nationale Befreiung“ redete, Deutschland in eine Reihe mit so genannten halbkolonialen Ländern wie China und Persien stellte, belegt seine Rede an der Sverdlov-Universität vom 9. 5. 1925, in: Stalin, *Werke*, Bd. 7, S. 135–182, hier: S. 145.

³⁴ Vgl. jetzt: Zarusky, *Die Stalinnote vom 10. März 1952*.

³⁵ Aufzeichnung von Semenov über das Gespräch zwischen Stalin und der SED-Führung am 7. 4. 1952 im Kreml, zitiert nach: Volkov, *Die deutsche Frage aus der Sicht Stalins*, S. 196f.

Die konkrete Entstehungsgeschichte der „Programmerkklärung“ reicht bis in das Jahr 1929 zurück, als die NSDAP einen rasanten Aufstieg erlebte, der sich erstmals beim Ergebnis der Kommunalwahlen im November deutlich zeigte. Die Nationalsozialisten profitierten damals vor allem von der Diskussion um den Plan des amerikanischen Bankiers Owen D. Young zur Neuregelung der von Deutschland zu leistenden Reparationszahlungen.³⁶ Obwohl die neuen Regelungen für Deutschland recht günstig waren, boten sie der radikalen Rechten aufgrund der langen Vertragslaufzeit von 59 Jahren eine gute Gelegenheit, um die Mitglieder der Reichsregierung ein weiteres Mal als „Erfüllungspolitiker“ der Entente zu denunzieren, gegen die Widerstand geleistet werden müsse. Bereits einen Monat nach Unterzeichnung des Vertrages auf der Pariser Sachverständigenkonferenz konstituierte sich am 9. Juli der „Reichsausschuss für das deutsche Volksbegehren“ gegen den Youngplan. Zu den Unterzeichnern des Gründungsauftrages gehörten neben den Vorsitzenden des Alldeutschen Verbandes, Heinrich Claß, des Stahlhelmes, Franz Seldte, und der DNVP, Alfred Hugenberg, auch Adolf Hitler für die NSDAP. Damit war es den Nationalsozialisten gelungen, aus ihrer politischen Nische auszubrechen und erstmals öffentlich als Partner der etablierten Rechten der Weimarer Republik akzeptiert zu werden.³⁷

Die Anti-Youngplan-Kampagne selbst schlug im Ergebnis zwar fehl – während das Volksbegehren im Herbst zunächst Erfolg hatte, stimmten beim dadurch erzwungenen Volksentscheid am 22. Dezember 1929 nur 13,81 Prozent der Stimmberechtigten für das „Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes“ –, doch für die NSDAP erwies sich die Kampagne als überaus nutzbringend. Mit den Mitteln des „Reichsausschusses“ konnte die Partei eine ausgedehnte Propaganda betreiben und erhielt die kostenlose Unterstützung durch die Zeitungen des Hugenberg-Konzerns. Die Erfolge der NSDAP bei den Kommunal- und Landtagswahlen im Herbst 1929 wiesen die NSDAP schließlich als die eigentliche Gewinnerin der Anti-Youngplan-Kampagne aus. Stalin erkannte dies recht früh – früher als manche deutsche Zeitgenossen und erst recht früher als die meisten KPD-Funktionäre, die im Herbst 1929 meinten, die Kampagne der politischen Rechten sei „nicht von Belang“, da der Volksentscheid sowieso keine Aussicht auf Erfolg habe.³⁸

Stalin schätzte hingegen gerade die Anti-Youngplan-Kampagne ganz anders ein: Wie ein Brief von Heinz Neumann an seinen Freund Leo Flieg vom 21. September 1929 über seine Gespräche mit Stalin in dessen Feriendomizil am Schwarzen Meer belegt, plädierte der Diktator schon zu diesem frühen Zeitpunkt dafür, die Propaganda der KPD möglichst bald ebenfalls nationalistischer zu gestalten. Über die Unterhaltung mit Stalin berichtete Neumann an Flieg: „Politisch war das

³⁶ Zum Youngplan zusammenfassend mit weiterer Literatur: Winkler, Weimar, S. 348 f.

³⁷ Zur Kampagne gegen den Youngplan und ihre Bedeutung für die politische Entwicklung der Weimarer Republik vgl. Berghahn, Das Volksbegehren gegen den Youngplan; mit Blick auf die Bedeutung der Kampagne für den Aufstieg der NSDAP v. a.: Jung, Plebiszitärer Durchbruch 1929?; ders., Direkte Demokratie in der Weimarer Republik, S. 109–133.

³⁸ So im Rückblick die Beobachtung von Naum Lenzner in der Sitzung des MELS des EKKI vom 31. 12. 1929, RGASPI 495/28/42: 57–61, hier: 60.

Wichtigste, was er zur Reparationsfrage sagte. Wir müssen auf diesem Gebiet in Deutschland nach Annahme des Young-Planes unbedingt eine schroffe Wendung durchführen.“ Die KPD habe auf ihrem Weddinger Parteitag zwar einen Beschluss über die „revolutionäre Schuldenannullierung“ gefasst, doch spiele diese Resolution in der KPD-Propaganda bislang keine Rolle.³⁹ In „keiner Erklärung, keinem Aufruf, keinem Artikel war die Stimme der deutschen Kommunisten zu hören, die zum Kampfe gegen den Youngplan als solchen aufrief“. Von seinem Besuch bei Stalin brachte Neumann die Überzeugung mit, dass die Anti-Youngplan-Kampagne „der Schlüssel zum ‚Geheimnis‘ der plötzlichen Erfolge des Nationalsozialismus“ sei:

„Es ist unvermeidlich, dass mit zunehmender Notlage in der Arbeiterschaft und darüber hinaus in den Volksmassen überhaupt eine mächtige Bewegung gegen den Youngplan, stärkste Unzufriedenheit mit den Sozialdemokraten, Entrüstung über den ‚Verkauf des deutschen Volkes an die ausländischen Kapitalisten‘ entstehen wird. Diese Bewegung hat bereits begonnen. Wenn wir sie nicht in die Hand nehmen, gerät sie unter die Führung der Faschisten. Unvermeidlich! [...] Wenn wir die angedeutete Wendung nicht sofort und öffentlich-demonstrativ vornehmen, erscheinen die Faschisten als die einzigen Vertreter der Volksinteressen und werden uns 100 000de, vielleicht Millionen von Kleinbauern, städtische Mittelschichten, ja sogar Arbeitermassen, die von der Sozialdemokratie fortgehen, entreißen.“⁴⁰

Neumann folgte aus dieser Analyse, dass sich die KPD ihre „jetzige ‚Neutralität‘ d. h. Passivität in der Reparationsfrage“ nicht länger leisten könne.⁴¹

Deutlicher als in diesem Gespräch mit seinem deutschen Gefolgsmann hat Stalin wohl nie die Notwendigkeit und Chancen einer nationalpopulistischen Wende begründet. Allerdings finden sich auch in öffentlichen Reden des Diktators Hinweise auf seine Einstellung. So bezeichnete er im Juni 1930 das Verhältnis zwischen Deutschland und den Siegermächten des Ersten Weltkrieges als eine Pyramide, „auf deren Spitze Amerika, Frankreich, England usw. wie die Herren thronen, mit dem Young-Plan in den Händen, auf dem geschrieben steht: ‚Zahle!‘, während unten Deutschland hingestreckt liegt, das sich abplagt [...]“. Man müsse den Verstand verloren haben, so erklärte Stalin damals, wenn man glaube, dass das deutsche Proletariat sich diese Zahlungen „ohne ernstliche Kämpfe oder Erschütterungen abzapfen lassen“ werde.⁴² Entscheidend war für Stalin also, dass die Weimarer Republik der deutschen Öffentlichkeit als „geknachtete Nation“ erschien – damit bestand aus seiner Sicht für die Kommunisten in Deutschland die Möglichkeit, sich zum Fürsprecher der nationalen Sache zu machen.

Zwar nahm Neumann die von Stalin geforderte „schriffe Wendung“ in der Reparationsfrage hin zum Nationalpopulismus begierig auf, dennoch wurde sie vorerst nicht umgesetzt – sei es, weil Stalin selbst tatsächlich meinte, man müsse zunächst die Anti-Youngplan-Kampagne verstreichen lassen, um nicht den Ein-

³⁹ Vgl. allerdings den Aufruf, mit dem das EKKI schon im Jahre 1919 gegen den Versailler Vertrag Stellung bezog. Der Aufruf ist abgedruckt in: Weber, *Die Kommunistische Internationale*, S. 44–47.

⁴⁰ Brief Neumanns an Flieg vom 21. 9. 1929, RGASPI 495/19/703: 1–8, hier: 1.

⁴¹ Ebenda.

⁴² Josef Stalin, Politischer Rechenschaftsbericht an den XVI. Parteitag der KPdSU vom 27. 6. 1930, in: ders., *Werke*, Bd. 12, S. 207–236, hier: 219.

druck zu erwecken, die KPD laufe den Nationalsozialisten hinterher, sei es, weil der Generalsekretär während seines Gespräches mit Neumann nur einer spontanen Eingebung gefolgt war, der er vorerst selbst noch keine grundlegende Bedeutung beimaß. Jedenfalls folgte seinem Gespräch mit Neumann vorerst keine entsprechende „offizielle“ Anweisung an das EKKI in dieser Angelegenheit.

Die Kominternführung hielt daher im Herbst 1929 vorerst an der Sichtweise fest, wonach der Nationalismus, wie er sich in dieser Kampagne ausdrückte, kapitalistisches Blendwerk sei: Anstatt auf den nationalistischen Zug aufzuspringen, forderte Sergej Gusev die KPD-Führung auf, das Volksbegehren der Rechtsparteien als ein „großzügiges Manöver zur Verwirrung der breiten werktätigen Massen [zu] enthüllen“ und zum Boykott der Abstimmung aufzurufen. Seiner Meinung nach diene die Anti-Youngplan-Kampagne vorrangig dazu, „eine gute Agitationsmöglichkeit für die nationalistischen faschistischen Kreise zu schaffen“.⁴³ In Moskau machten sich zur Jahreswende 1929/30 nur wenige Funktionäre Gedanken über die sich mittlerweile abzeichnenden Erfolge, welche die NSDAP infolge der Anti-Youngplan-Kampagne errungen hatte.⁴⁴ Zudem schien die Attraktivität der NSDAP als radikaler Oppositionspartei abzunehmen, nachdem in Thüringen am 14. Januar 1930 mit Wilhelm Frick erstmals ein Nationalsozialist in eine Landesregierung eingetreten war.⁴⁵ Die Popularität der NSDAP werde recht bald rapide schwinden, so der Tenor innerhalb der KPD, während sich die KPD selbst als einzige wirklich oppositionelle und revolutionäre Partei profilieren könne.⁴⁶ Bereits Anfang 1930 saßen die Kommunisten damit der Erwartung auf, die NSDAP werde sich schnell „entzaubern“ lassen, wenn sie erst einmal in einer Regierung sitze – eine fahrlässige Fehleinschätzung, die bis zum Januar 1933 auch viele nichtkommunistische Zeitgenossen teilten.

Dieser Optimismus währte indes nur kurz, denn KPD und Komintern mussten bald feststellen, dass die NSDAP bei den folgenden Wahlen im Frühjahr und Sommer des Jahres 1930 von Sieg zu Sieg schritt. Das kommunistische Selbstbewusstsein wurde schließlich durch die Landtagswahl im Industrieland Sachsen am 22. Juni 1930 schwer erschüttert, bei der die NSDAP die Kommunisten überrun-

⁴³ Brief Gusevs an Flieg vom 15. 10. 1929, RGASPI 495/292/44: 203. Der Brief trägt die Unterschrift des damaligen deutschen Vertreters beim EKKI, Fritz Heckert; die Autorenschaft Gusevs ergibt sich aus einer Aussage Thälmanns vor der deutschen Kommission des Erweiterten Präsidiums des EKKI am 25. 2. 1930, RGASPI 495/24/101: 110–151, hier: 150. Die KPD hatte zu diesem Zeitpunkt allerdings mehrere Stellungnahmen zum Youngplan und der Kampagne der Rechtsparteien veröffentlicht. Vgl. u. a. „Unser Kampf gegen den Young-Plan“, in: *Die Internationale* 12 (1929) vom 1. 10. 1928, S. 597 f.

⁴⁴ Naum Lenzner, Referent im MELS des EKKI, warf der KPD Ende Dezember 1929 vor, am Zeitgeist vorbei agitiert und die „große Kampagne“ gegen den Youngplan „verpasst“ zu haben. Sitzung des MELS vom 31. 12. 1929, RGASPI 495/28/42: 60 f.

⁴⁵ Vgl. Schulthess' *Europäischer Geschichtskalender*, 71. Bd. 1930, München 1931, S. 4, 7.

⁴⁶ Vgl. Lenzners Ausführungen in der Sitzung des MELS des EKKI vom 11. 2. 1930, RGASPI 495/28/48: 4, Gerber, Über die jüngste Entwicklung der Bedingungen des Kampfes gegen die faschistische Diktatur in Deutschland; Norden, Hitler-Faschisten in der thüringischen Regierung.

dete und zur zweitstärksten Partei nach der SPD aufstieg.⁴⁷ Nun begannen einige Funktionäre darüber nachzudenken, ob die Partei Fehler gemacht habe. „Wir haben lange die Gefährlichkeit der nationalsozialistischen Bewegung unterschätzt“, schrieb Hans Jacobs nach der Sachsenwahl in der *Internationalen Pressekorrespondenz* und stellte fest, es sei nun „höchste Zeit, Versäumtes nachzuholen...“.⁴⁸

Einen ersten Schritt zur Kurskorrektur hatte die KPD zu diesem Zeitpunkt bereits unternommen: Mit der am 4. Juni beschlossenen „Resolution zum Kampf gegen den Faschismus“ hatte die KPD-Führung die NSDAP erstmals explizit als politischen Hauptgegner definiert⁴⁹ und mit dieser Einschätzung, wie bereits erwähnt, in Moskau zunächst noch Stirnrunzeln verursacht. Doch die Wahl in Sachsen brachte auch die Bolschewiki dazu, die NSDAP als politischen Gegner ernster zu nehmen. Darüber, wie mit diesem Gegner umzugehen sei, bestanden bei Stalin allerdings die erwähnten konkreten Vorstellungen – und so wurde in Deutschland im Juli 1930 die Wende hin zu einem „nationalen“ Kommunismus vollzogen.

Dies war nun die große Stunde von Heinz Neumann, dem die Ehre zukam, Ende Juni 1930 als Gastredner auf dem XVI. Parteitag der VKP(b) zu sprechen. In seinem Referat über die deutsche Innenpolitik analysierte er den Erfolg der NSDAP bei der Landtagswahl in Sachsen und beschrieb, wie die KPD darauf zu reagieren habe. Der Erfolg der Nationalsozialisten, so Neumann, speise sich zwar wesentlich aus der Unzufriedenheit der „Kleinbourgeoisie“ mit dem Kapitalismus, doch lasse sich diese Gruppe eher durch nationalistische Schlagworte als durch die Parolen des Klassenkampfes mobilisieren. Um diese Bevölkerungsschichten für die Sache des Kommunismus zu gewinnen, so betonte Neumann, sei deshalb der „ideologisch-politische Kampf“ gegen den Nationalsozialismus „unter der Losung des revolutionären Kampfes gegen den Youngplan“ zu führen.⁵⁰

In der Rede Neumanns lassen sich die wesentlichen Elemente der Ideen Stalins vom Herbst 1929 wiederfinden. Dies ist wenig verwunderlich, schließlich hatte Neumann während des Parteitages den Text seiner Rede in Korridorgesprächen erneut mit Stalin und Knorin abgesprochen.⁵¹ Die Wahlerfolge der NSDAP vor allem in Sachsen, auf die auch Molotov in seiner Parteitagsrede kurz eingegangen war⁵², hatten den sowjetischen Generalsekretär davon überzeugt, dass seine Prog-

⁴⁷ Die SPD erhielt im Landtag nun 32 Mandate (vorher 33), die KPD 13 (12), die NSDAP 14 (5). Vgl. Winkler, *Weg in die Katastrophe*, S. 157, Anm. 29.

⁴⁸ Jacobs, *Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen*. Vgl. auch Renner: *Die Sachsenwahlen und ihre Lehren*.

⁴⁹ „Resolution über den Kampf gegen den Faschismus“ vom 4. 6. 1930, veröffentlicht in der *Roten Fahne* vom 15. 6. 1930.

⁵⁰ Neumann auf dem XVI. Parteitag der VKP(b), zitiert nach: Carr, *Twilight of Comintern*, S. 19f.

⁵¹ Vgl. die Bemerkungen von Thälmann in der Sitzung der PK am 14. 5. 1932 über die „Beratungen über die nationale Frage, die zurzeit des 16. Parteitages seitens der Genossen Stalin und Knorin mit dem Genossen Neumann stattfanden [...]“, RGASPI 495/4/188a: 29–36, hier: 33.

⁵² Vgl. Carr, *Twilight of Comintern*, S. 18. Die Ergebnisse der Landtagswahl in Sachsen wurden auch später in dem Brief des PS an die KPD-Führung „Zur Frage des Kampfes gegen den Nationalfaschismus in Deutschland“ vom 22./28. 7. 1930 nochmals thematisiert, RGASPI 495/3/170: 385–389, hier: 385.

nose über die weitere Entwicklung des Nationalsozialismus richtig gewesen sei und ihn zu einem Machtwort bewogen, um die nationalpopulistische Wende endlich durchzusetzen: Wenn den NS-Anhängern keine nationalistischen Angebote gemacht würden, so wurde Neumann von Stalin am Rande des Parteitages nochmals eingeschärft, werde man den Siegeszug der NSDAP nicht stoppen können.⁵³ Die KPD müsse die Anhänger der NSDAP „entweder als Verbündete gewinnen oder neutralisieren“, fasste Knorin diese Aufgabenstellung einige Monate später prägnant zusammen.⁵⁴

Thälmann erinnerte sich später, wie „begeistert“ Neumann aus Moskau zurückkam und von der nationalpopulistischen Konzeption des Generalsekretärs berichtete: Nach diesem Machtwort des Diktators „war das Problem für ihn gelöst“.⁵⁵ Für den deutschen Parteivorsitzenden selbst galt dies allerdings nicht. Auf der zwei Wochen später angesetzten ZK-Sitzung räsonierte er:

„Die Kernfrage ist hier, dass eine große Scheu in unseren Reihen ist, die nationale Frage zu stellen. Wenn wir die Frage stellen, wir müssen die Nationalsozialisten schlagen, so müssen wir auch sehen, dass, wenn es ihnen erlaubt ist, zu sagen, sie sind für Freiheit und gegen Knechtschaft [durch den Versailler Vertrag], dasselbe auch bei uns erlaubt ist, aber unsere Genossen wagen nicht, zu sagen, sie sind für Freiheit und gegen Knechtschaft, weil sie dann bereits Angst haben, dass sie eine opportunistische Abweichung machen.“⁵⁶

Es waren wohl vor allem Thälmanns eigene Skrupel, auf der nationalistischen Klaviatur zu spielen, die der deutsche Parteivorsitzende hier verdeckt ausdrückte und die er einige Monate danach auch dem sowjetischen Generalsekretär mitteilte: Als Thälmann im Dezember 1930 gemeinsam mit Neumann von Stalin empfangen wurde⁵⁷, bemühte sich der Diktator jedenfalls vergeblich, diesem seine Konzeption des Nationalpopulismus nahezubringen. Thälmann habe einfach nicht verstanden, weshalb „die nationale Frage“ so wichtig für die Kommunisten sei, lästerte Stalin später gegenüber Dimitrov über den deutschen Parteivorsitzenden:

⁵³ Vgl. den Bericht von „Sokolik“ [d.i. Knorin] zu den Besprechungen über die Ursprünge der „Programmerkklärung“ während des XVI. Parteitages der VKP(b) in der Sitzung des MEKS des EKKI vom 22. 2. 1931, RGASPI 495/28/117: 102–113, hier: 111.

⁵⁴ Ebenda, Blatt 103. Mit fast den gleichen Worten hatte übrigens bereits Clara Zetkin im Juni 1923 für einen nationalistischen Kurs der KPD plädiert: Die Menschen, die sich dem Faschismus in die Arme geworfen hätten, müssten entweder „für unsere Seite“ gewonnen, oder zumindest als soziale Kräfte neutralisiert werden“. Vgl. Protokoll der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau 12.–23. Juni 1923, S. 204–232.

⁵⁵ Vgl. Thälmanns Ausführungen in der Sitzung der PK am 14. 5. 1932, RGASPI 495/4/188a: 29–36, hier: 33.

⁵⁶ Thälmann in der Sitzung des ZK der KPD am 16./17. 7. 1930, zitiert nach: Mevius, Vijandige Broeders, S. 79.

⁵⁷ Thälmann und Neumann wurden gemeinsam mit Pjatnickij, Knorin, Manuilskij und Kuusinen von Stalin empfangen. Vgl. Korotkov, Posetiteli kremlevskogo kabineta I. V. Stalina, Teil I, S. 27. Dass bei diesem Treffen über die „nationale Frage“ gesprochen wurde, geht auch hervor aus dem Brief Knorins, Manuilskijs, Pjatnickijs, Kuusinenens an Stalin und Molotov vom 28. 10. 1931, RGASPI 495/19/236: 120–128, hier: 125.

„Noch im Jahre 1930 habe ich mit ihm [darüber] gesprochen. Er hat [es] nicht verstanden...“⁵⁸

Zwar konnte Stalin davon ausgehen, dass die deutsche Parteiführung die von ihm persönlich angeordnete Kurswende ungeachtet dieser Hemmungen Thälmanns gehorsam vollziehen würde – doch sicherheitshalber ergriff der Diktator zusätzlich persönlich die Initiative, um der KPD einen eindeutigen Leitfaden für ihre zukünftige Agitation an die Hand zu geben.⁵⁹ Am 18. Juli 1930 – also gerade an dem Tag, an dem Reichskanzler Heinrich Brüning den Reichstag auflöste, weil das Parlament eine weitere Notverordnung abgelehnt hatte⁶⁰ – trat die russische Delegation in Stalins Arbeitszimmer zusammen und Knorin, Kuusinen und Manuiskij wurden beauftragt, eine „Verordnung“ des EKKI zum „Kampf mit den Nationalsozialisten in Deutschland“ zu entwerfen. Als einzige, allerdings entscheidende inhaltliche Vorgabe Stalins wurde im Protokoll festgehalten, dass die Nationalsozialisten „als Elemente zu entlarven [sind], die dazu fähig sind, sich den Schöpfern von Versailles zu verkaufen, obwohl sie mit ihren Worten dagegen auftreten und zu unterstreichen, dass die Befreiung Deutschlands vom Versailler Vertrag [und dem] Youngplan nur durch den Sturz der Bourgeoisie möglich ist“.⁶¹

Auf diese Weise wurde bereits an dem Tage, an dem der deutsche Reichstag aufgelöst wurde, in Moskau über den Kernpunkt des Reichstagswahlprogramms der KPD entschieden.⁶² Zwar sollte Thälmann laut Protokoll der russischen Delegation eigentlich gefragt werden, ob man den Entwurf dieser „Anweisung“ in seiner Anwesenheit besprechen solle oder ob er sich auf eine schriftliche Stellungnahme beschränken wolle. Offensichtlich wurde es in Moskau aber nicht für nötig befunden, den deutschen Parteivorsitzenden in dieser Frage *überhaupt* zu konsultieren – schließlich waren die Leitlinien für die Kurswende ja bereits mit Neumann besprochen worden. Binnen zweier Tage wurden sie ausformuliert, erneut eng abgestimmt mit Stalin und Molotov, mit denen sich die sowjetischen Mitglieder der

⁵⁸ Eintrag Dimitrovs in sein Tagebuch vom 2. 5. 1934, in: Bayerlein (Hg.), Dimitroff. Tagebücher, Bd. 1, S. 107.

⁵⁹ Dass Stalin persönlich die Initiative ergriff, erschließt sich aus dem Brief Knorins, Manuiskijs, Pjatnickijs und Kuusinsens an Stalin und Molotov vom 28. 10. 1931, RGASPI 495/19/236: 120–128, hier: 120.

⁶⁰ Vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 158–173; Schulz, Von Brüning zu Hitler, S. 115–120.

⁶¹ Vgl. Protokoll Nr. 3 der russischen Delegation beim EKKI vom 18. 7. 1930, RGASPI 508/1/98: 1 f., hier: 1. Jetzt auch abgedruckt in: Komalova (Hg.), Komintern protiv faszizma, S. 234 f.

⁶² Die Verordnung zur Auflösung des Reichstags wurde in Berlin kurz vor 15 Uhr Moskauer Zeit verlesen, um 18 Uhr Moskauer Zeit trat die russische Delegation zusammen. Vgl. Korotkov, Posetiteli kremlevskogo kabineta I. V. Stalina, Teil I, hier: S. 22. An der Sitzung nahmen neben Stalin unter anderem Manuiskij, Lozovskij, Pjatnickij, Knorin, Kuusinen und Molotov teil. Da die Izvestija bereits in ihrer Ausgabe vom 19. 7. 1930 auf die Reichstagsauflösung einging, ist davon auszugehen, dass die Mitglieder der russischen Delegation am 18. 7. 1930 davon erfahren hatten und die Reichstagsauflösung somit tatsächlich der unmittelbare Anlass für die „Programmerkklärung“ gewesen sein könnte, gerade an diesem Tag ein Wahlprogramm für die KPD in Auftrag zu geben. Die Entscheidung für die Wende war zu diesem Zeitpunkt aber bereits grundsätzlich gefallen.

Kominternführung am nächsten Tag zu Besprechungen im Kreml trafen.⁶³ Erst nachdem die Grundlinien in Stalins Arbeitszimmer in diesem engen Kreis abgesteckt worden waren, wurde die weitere Bearbeitung dieses Themas den regulären Kominterngremien übergeben, in denen auch der deutsche Vertreter beim EKKI mitarbeitete.⁶⁴ Am 23. Juli „billigte“ das Politsekretariat des EKKI schließlich einen Deklarationsentwurf zum Kampf gegen den Nationalsozialismus und einen erläuternden Brief an die KPD-Führung.⁶⁵

Die KPD, so hieß es nun in dem Schreiben, habe die Aufgabe, „den Faschisten die Maske der Kämpfer um nationale Unabhängigkeit und soziale Befreiung der deutschen Werktätigen vom Gesicht zu reißen“⁶⁶ – und wie der beigelegte Entwurf für die „Programmerklärung“ verdeutlichte, sollte dies geschehen, indem die KPD die nationalistische Agitation der NSDAP noch übertraf.⁶⁷ Der am 24. August 1930 in der *Roten Fahne* schließlich veröffentlichte Text lehnte sich dementsprechend stark an die Sprache des Nationalsozialismus an. So wurden unter anderem „alle Handlungen der verräterischen, korrupten Sozialdemokratie“ als „fortgesetzter Hoch- und Landesverrat an den Lebensinteressen der arbeitenden Massen Deutschlands“ gegeißelt und Hitler vorgeworfen, sich mit der Abtrennung von Südtirol (das vor dem Krieg allerdings nicht zu Deutschland, sondern zur Habsburger Monarchie gehört hatte) an Italien abzufinden.

Die KPD führte diese nationalistische Anbiederung von nun an weiter, ohne dazu im Einzelfall aus Moskau Anweisungen zu benötigen. Die Funktionäre im Karl-Liebknecht-Haus gingen schließlich so weit, die „Rededispositionen zum Bolschewismus und Nationalsozialismus“ antisemitisch einzufärben. So sollten die Redner beispielsweise der NSDAP vorwerfen, für die „Judenrepublik“ einzutreten.⁶⁸ Solche antisemitischen Elemente in der KPD-Propaganda waren schon 1923 im Verlaufe des „Schlageterkurses“ aufgetaucht⁶⁹ und belegten, dass die deutschen Kommunisten zuweilen bereit waren, über den aus Moskau verordneten Nationalismus hinauszugehen. Erst Mitte September 1930 wurde das Spiel mit der Judenfeindschaft gezügelt, als das Sekretariat der KPD beschloss, dass die Parole „Hitler verrecke!“ – eine doppeldeutige Anspielung auf das SA-Schlagwort „Juda verrecke!“ – nicht mehr verwendet werden solle.⁷⁰

Wie die Entstehung der „Programmerklärung“ zeigt, wurde die wesentliche Arbeit für diese nationalpopulistische Wende der KPD in der engsten Umgebung Stalins – der russischen Delegation beim EKKI – erledigt; in den formell zuständigen Kominterngremien wurden der Deklarationsentwurf und der Brief an die

⁶³ Vgl. Korotkov, Posetiteli kremlevskogo kabineta I. V. Stalina, Teil I, hier: S. 22.

⁶⁴ Vgl. Protokoll Nr. 72 der PK vom 21. 7. 1930, Pkt. 2, RGASPI 495/4/43: 1.

⁶⁵ Vgl. Protokoll Nr. 89 des PS vom 23. 7. 1930, Pkt. 5, RGASPI 495/3/170: 2.

⁶⁶ Geschlossener Brief des PS an das ZK der KPD vom 22. 7. 1930, überarbeitete Fassung vom 28. 7. 1930, RGASPI 495/3/170: 385–389.

⁶⁷ Vgl. den russischen Originalentwurf: „Deklaracija (Proekt Sredne-Evprop[ejnskogo] Sekr[taria]ta“ vom 22. 7. 1930, RGASPI 494/3/223: 266–271.

⁶⁸ Vgl. Mevius, Vijandige Broeders, S. 89.

⁶⁹ Vgl. Angress, Die Kampfzeit der KPD, S. 374–377.

⁷⁰ Beschluss des Sekretariates des ZK der KPD Nr. 2 c vom 19. 9. 1930, SAPMO-BArch RY 1-I 2/5/3: 120.

KPD-Führung erst besprochen, als sie in ihren Grundzügen bereits vom Generalsekretär abgesegnet waren. In Berlin trafen die beiden Dokumente Anfang August ein; Neumann bestätigte ihren Empfang und teilte Manuilskij mit, die Deklaration werde „entsprechend Ihrem Entwurf in der [nächsten] Pol[it]bürositzung vom 12. August“ beschlossen und sodann sofort veröffentlicht werden.⁷¹

Die erstmals von Ossip K. Flechtheim ausgesprochene Vermutung, Heinz Neumann sei der Autor der „Programmerklärung“ gewesen⁷², kann damit zwar als widerlegt gelten⁷³, andererseits zeigt die Entstehungsgeschichte dieses Dokumentes jedoch, dass Neumann frühzeitiger als irgendein anderer Funktionär der Komintern über dessen Grundthesen informiert war und diese bereits intern verbreitete, bevor die ausformulierten Anweisungen aus Moskau in Berlin eintrafen.⁷⁴ Auffällig ist in diesem Zusammenhang besonders Thälmanns Ankündigung vom 16. Juli 1930 vor dem ZK der KPD, die Partei werde bald ein Manifest veröffentlichen, um die Frage des Youngplanes offensiver als bisher zu stellen.⁷⁵ Zu diesem Zeitpunkt konnte sich der Parteivorsitzende nur auf Neumanns Berichte über seine Gespräche mit Stalin stützen, denn einen entsprechenden Beschluss fasste die russische Delegation beim EKKI erst zwei Tage später. Neumann erwies sich somit erneut als Stalins derzeitiger Mann in Berlin, der auch ohne schriftliche Anweisungen Politik im Sinne seines Patrons betrieb.

Welche enormen Erwartungen in Moskau in den Nationalpopulismus gesetzt wurden, verdeutlicht die Tatsache, dass auch die kommunistischen Parteien in anderen Ländern dazu gedrängt wurden, sich als Vorkämpfer der nationalen Selbstbestimmung in Szene zu setzen. Nach und nach verabschiedeten die meisten Sektionen der Komintern, in deren Land es ethnische Minderheiten gab, eigene „Programmerklärungen zur nationalen und sozialen Befreiung“ – dazu gehörten in erster Linie die kommunistischen Parteien Frankreichs, Österreichs, Tschechiens und Jugoslawiens.⁷⁶ Selbst die „Negerfrage“ in den USA wurde von der Komintern unter dem Blickwinkel der „nationalen“ Befreiung gesehen. Moskau forderte die amerikanischen Kommunisten 1930 auf, für die Gründung einer „Negerrepublik“ in den Südstaaten einzutreten.⁷⁷

Erst Ende 1932 sollte dem stellvertretenden Leiter des Mitteleuropäischen Länderssekretariates des EKKI, Georgi Smoljanskij, auffallen, dass beispielsweise mit

⁷¹ Brief Neumanns an Manuilskij vom 8. 8. 1930, zitiert nach: Mevius, *Vijandige Broeders*, S. 85, Anm. 317.

⁷² Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, S. 275 f.

⁷³ Die von Kinner, *Der deutsche Kommunismus*, S. 167, vertretene Auffassung, die „Programmerklärung“ sei in einigen Punkten von der KPD verschärft worden, lässt sich im Vergleich mit dem Geschlossenen Brief an die KPD nicht bestätigen: Die von ihm angeführten, verschärften Formulierungen sind in diesem Schreiben bereits enthalten.

⁷⁴ So lässt sich auch erklären, weshalb Neumann von Zeitzeugen wie dem damaligen Vorsitzenden des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, Kurt Müller, als Initiator der Programmerkklärung genannt wurde. Vgl. Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers*, S. 42, Anm. 97.

⁷⁵ Vgl. Coppi, *Aufbruch*, S. 52, Anm. 35.

⁷⁶ Zur entsprechenden kommunistischen Propaganda im Jugoslawien der Zwischenkriegszeit vgl. Ulam, *Titoism and the Cominform*, S. 16–19.

⁷⁷ Draper, *American Communism*, S. 352 f.

der entsprechenden Resolution der tschechischen KP über die Sudetendeutschen die Unterschiede zwischen den dortigen Kommunisten und Nationalsozialisten verwischt worden seien:

„Eine der wichtigsten Forderungen, die [von den tschechischen Kommunisten] aufgestellt worden ist, ist die Forderung der Einstellung deutscher Arbeiter in den Betrieben im deutschen Gebiet. Das ist eine Forderung, die die deutschen Hakenkreuzler auch popularisieren. Diese Forderung ist nicht Kampf für Internationalismus.“⁷⁸

Diese Forderung mag von einem orthodoxen Standpunkt aus betrachtet zwar wirklich nicht besonders internationalistisch gewesen sein, doch waren die tschechoslowakischen Kommunisten damit nur den Moskauer Weisungen nachgekommen, die Parole der „nationalen Selbstbestimmung“ auch in ihrem Land konsequent zu propagieren.⁷⁹ Mehr noch: Die konkrete Forderung nach bevorzugter Einstellung von deutschen Arbeitern im Sudetenland entsprach exakt den Strategien der Indigenisierungspolitik des sowjetischen *affirmative action empire*, wonach in den nationalen Republiken und den Gebieten der nationalen Minderheiten die einheimischen Arbeitskräfte gegenüber den Zugewanderten bevorzugt werden sollten.⁸⁰

Dass Smoljanskij sich Ende 1932 von derartigen Propagandaforderungen der tschechischen Kommunisten distanzierte, lag daran, dass der nationalpopulistische Kurs von der Komintern mittlerweile stark abgeschwächt worden war. 1930 hingegen beschwerten sich die Moskauer Funktionäre im Gegenteil noch, wenn sich die Parteien nicht nationalistisch genug gebärdeten.⁸¹ So hatten die französischen Kommunisten (die wie ihre tschechischen Genossen aus bolschewistischer Sicht zu einer der so genannten Unterdrückernationen gehörten) zwar im Herbst 1930 in Straßburg eine Konferenz zur „nationalen Frage“ in Elsass-Lothringen veranstaltet, auf der die Unabhängigkeit dieser Region gefordert wurde.⁸² Doch bemerkenswerterweise stieß sich Manuilskij wenig später ausgerechnet daran, dass in dem von der Konferenz verabschiedeten Manifest klargestellt wurde, dass die nationale Unabhängigkeit nur durch eine soziale Revolution zu erreichen sei. Die nationale Befreiung von der sozialen Revolution abhängig zu machen, so monierte Manuilskij nun, bedeute aber, „den ganzen Fragenkomplex der nationalen Widersprüche zu verschieben bis zur proletarischen Revolution“. Ganz offen verlangte er, die soziale Revolution in der kommunistischen Propaganda vorerst

⁷⁸ Smoljanskij in der Sitzung des MELS des EKKI vom 25. 11. 1932, RGASPI 495/28/216: 71–75, hier: 73.

⁷⁹ Allerdings hatte die KPTsch bereits auf ihrem V. Parteitag im Februar 1929 beschlossen, „entschieden für die Tagesforderungen der Werktätigen der unterdrückten Nationalitäten zu kämpfen“. So die parteioffizielle Darstellung in: Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei, Berlin 1981, S. 123.

⁸⁰ Vgl. Martin, *The Affirmative Action Empire*, v.a. S. 139–146; Baberowski, *Der Feind ist überall*, S. 321–346 über die Indigenisierung in Azerbajdžan.

⁸¹ Vgl. Protokoll Nr. 89 des PS vom 23. 7. 1930, Pkt. 5, RGASPI 495/3/170: 2.

⁸² Vgl. die Informationen über die Straßburger Konferenz vom 28. 10. 1930, RGASPI 495/32/93. Das Manifest der Konferenz wurde erst am 5. 1. 1931 in der *Inprekorr* veröffentlicht. Zu den ethnischen Konflikten in Elsass-Lothringen in der Zwischenkriegszeit vgl. Kohser-Spohn, *Staatliche Gewalt und der Zwang zur Eindeutigkeit*.

zurückzustellen und stattdessen ganz auf den Nationalismus zu setzen: Um die „nationale Frage“ in der aktuellen Situation auszunutzen, solle die elsässische Unabhängigkeit „im Rahmen des Kapitalismus“ propagiert und der Abzug der „französischen Okkupationstruppen“ sowie der französischen Polizei und Beamten aus Elsass-Lothringen gefordert werden. Mit diesen Forderungen, so zeigte sich der Kominternsekretär fest überzeugt, ließen sich alle Autonomisten und Nationalisten in der Region schlagen.⁸³

Der Grad an Begeisterung über die nationalistischen Parolen fiel in den verschiedenen Sektionen sehr unterschiedlich aus. Dass sich jedoch die französischen Kommunisten nicht für ihre neue Rolle als Vorkämpfer des Separatismus im eigenen Land erwärmen konnten, wird kaum verwundern: Erst ein Jahr zuvor, im Juni 1929, hatte die französische Parteiführung einen führenden kommunistischen Abgeordneten aus dem Elsass ausgeschlossen, weil dieser zu eng mit den elsässischen Autonomisten zusammengearbeitet hatte.⁸⁴ Die Parteiführung in Paris bekannte sich zwar offiziell immer wieder pflichtschuldig zur offiziellen Linie des EKKI in der nationalen Frage⁸⁵, bemühte sich aber ansonsten, diesen Aspekt der Kominternpolitik zu ignorieren.⁸⁶ An der Konferenz über nationale Unterdrückung, die anlässlich des zehnten Jahrestages der Besetzung des Ruhrgebietes durch französische Truppen vom Westeuropäischen Büro Ende Dezember 1932 durchgeführt wurde, nahm bezeichnenderweise nur ein französischer Kommunist teil, der im Protokoll als Vertreter der „KP [der] Region Elsass-Lothringen“ aufgeführt wurde, während der eingeladene Vertreter der KPF „während der ganzen Tagung nicht anwesend“ war, wie das Protokoll festhielt.⁸⁷ Welche Haltung die Pariser KP-Spitze zur „nationalen Selbstbestimmung“ im Elsass einnahm, ließ sich aus den Klagen des elsässischen Kommunisten ableiten, der sich bitter über die „imperialistisch“ und „ausbeuterisch“ handelnde französische Parteizentrale beschwerte.⁸⁸

⁸³ Manuilskij über die nationale Frage in Elsass-Lothringen vom 26. 1. 1931, RGASPI 495/32/93: 96–110. Vgl. dazu auch den Brief Piecks (deutscher Vertreter beim EKKI) an Thälmann vom 2. 2. 1931 über die Sitzung im EKKI über die „nationale Frage“, RGASPI 495/292/54: 27–34, hier: 32f. Stalin hatte in einem Brief an Kuusinen zur Frage des Kampfes der Kommunisten für die elsässische Autonomie noch betont, die „Teilforderung“ nach der Autonomie dürfe nur gemeinsam mit der „Hauptforderung“ nach dem Sturz der „Bourgeoisie“ propagiert werden, schon allein, um sich von den „National-Chauvinisten“ abzusetzen. Vgl. Brief Stalins an Kuusinen vom 14. 8. 1926, RGASPI 558/11/755: 114.

⁸⁴ Vgl. Rothenberger, Die elsass-lothringische Heimat- und Autonomiebewegung, S. 180f.

⁸⁵ Schon 1925 waren die französischen Kommunisten offiziell für das volle Selbstbestimmungsrecht Elsass-Lothringens eingetreten. Vgl. Mortimer, The Rise of the French Communist, S. 158. Zur Solidarisierung der KPF mit den Forderungen der deutschen „Programmerkklärung“ vgl. die Rede Jacques Doriot's vor dem französischen Parlament vom 13. 11. 1930, abgedruckt in: Inprekorr 10 (1930), Heft 98 vom 18. 11. 1930, S. 2410f.

⁸⁶ Vgl. den Brief Dimitrovs an das EKKI vom 14. 7. 1931, RGASPI 499/1/33: 72, und den Brief Heimos an Dimitrov vom 18. 7. 1931, RGASPI 499/1/33: 74f.

⁸⁷ Vgl. Protokoll der „Essener Konferenz“ des WEB des EKKI vom 30. 12. 1932, RGASPI 495/19/80: 12.

⁸⁸ Stellungnahmen des Vertreters der „KP von Elsass-Lothringen“ auf der „Essener Konferenz“ des WEB des EKKI vom 30. 12. 1932, RGASPI 495/19/80: 97–105, hier: 99.

Doch hing das Engagement nicht nur davon ab, ob eine Sektion nun wie die Tschechen, Franzosen und Serben (oder die Russen) den Part der sühnenden „Chauvinisten“ auf sich nehmen mussten oder sich wie die Deutschen, Sudetendeutschen, Elsässer und Albaner (oder die Kasachen, Usbeken usw.) selbst als Opfer nationaler Unterdrückung darstellen durften. Auch die österreichischen Kommunisten hatten wenig Lust, der Moskauer Aufforderung⁸⁹ zu folgen und eine Programmerkklärung nach deutschem Vorbild zu verfassen, in der der SPÖ und „Bourgeoisie“ vorgeworfen werden sollte, „den Sklavenverträgen von St. Germain und Genf zugestimmt und damit Österreich national versklavt“ zu haben. Möglicherweise schreckte die österreichischen Genossen die Vorstellung ab, sich für einen möglichen Anschluss Österreichs „an ein Sowjet-Deutschland“ stark zu machen, hätten sie dann doch noch mehr als bisher schon unter der Fuchtel der besserwisserischen Deutschen gestanden – jedenfalls reagierte die KPÖ-Führung mit hinhaltendem Widerstand. Trotz häufiger Ermahnungen der Komintern⁹⁰ ging man in Wien mit unübersehbarer Unlust ans Werk, so dass sich auf dem Manuskript des schließlich veröffentlichten Entwurfes der österreichischen „Programmerkklärung“ der handschriftliche Hinweis eines Moskauer EKKI-Mitarbeiters findet: „hier gemacht“.⁹¹

Die Reaktionen der deutschen Kommunisten auf die „Programmerkklärung“ der KPD-Führung waren sehr unterschiedlich. Einigen Funktionären scheint dieses Dokument aufgrund ihres eigenen Nationalismus aus der Seele gesprochen zu haben. Der RFB-Vorsitzende Willy Leow beispielsweise war sehr schlecht auf Polen zu sprechen, das nach dem Ersten Weltkrieg den größten Anteil der abgetretenen deutschen Gebiete erhalten hatte und das sich daher von der deutschen „Programmerkklärung“ mit ihren impliziten Grenzrevisionsforderungen besonders bedroht fühlen musste. In seinem bereits zitierten Gespräch mit dem deutschen Botschaftsattaché Brunhoff vom Dezember 1930 ereiferte er sich zunächst ausführlich über die Schikanen der polnischen Grenzbeamten bei seiner Reise nach Russland und bekannte nach Angaben des deutschen Diplomaten schließlich offenerherzig: „Die Polen seien überhaupt ein ‚korruptes Pack‘ und die KPD würde für den Fall eines Krieges zwischen Deutschland und Polen ihre Hilfe nicht versagen.“⁹² Solche für einen Kommunisten ungewohnt patriotischen Töne speisten sich offensichtlich nicht aus taktischem Kalkül, sondern spiegelten ein tiefsitzendes Ressentiment gegenüber den östlichen Nachbarn. Bei Genossen wie Leow musste die Programmerkklärung daher nicht *trotz*, sondern gerade *wegen* des darin formulierten Nationalismus auf Zustimmung stoßen.

⁸⁹ Brief Knorins an Kopeniki vom 17. 6. 1931, RGASPI 495/80/296: 34 f.

⁹⁰ Vgl. Protokoll Nr. 111 des PS vom 11. 7. 1931, RGASPI 495/3/203-Auszüge; Brief Smoljanskis an Kopeniki vom 19. 8. 1931, RGASPI 495/80/296: 40–42; Protokoll Nr. 176 der PK vom 7. 9. 1931, Pkt. 9, RGASPI 495/4/136.

⁹¹ Vgl. den Entwurf für die Programmerkklärung vom 22. 9. 1931 in: RGASPI 495/80/296: 104–118, hier: 118. Vorher hatte die Kominternführung beschlossen, die Programmerkklärung vom MELS des EKKI überarbeiten zu lassen. Vgl. Protokoll Nr. 179 der PK vom 17. 9. 1931, Pkt. 4a, RGASPI 495/4/138.

⁹² Bericht Brunhoffs über ein Gespräch mit Leow vom 10. 12. 1930, BArch R 1501/20186: 287–292, hier: 291 f.

Ferner gab es ausreichend Funktionäre, die sich einfach über die nun ausgeweiteten Agitationsmöglichkeiten freuten. Wenige Tage, nachdem das Manifest veröffentlicht worden war, berichtete Leo Flieg begeistert in einem Brief an Franz Dahlem über die Mobilisierungskraft der „Programmerklärung zur nationalen Frage“ – die „soziale“ Frage erwähnte er bezeichnenderweise erst gar nicht. Die ganze Partei sei „darüber erfreut, wie viele Zuschriften beweisen. Der Gegner ist ziemlich stark durcheinander gebracht, die Sozialdemokratie ist zu einer Diskussion herausgefordert. Wir kommen hier zweifelsohne ein Stück vorwärts“. Flieg erwartete vor allem, dass die „Programmerklärung“ tatsächlich die KPD für Bauern, Mittelständler und Angestellte attraktiver gemacht habe: „Unsere Versammlungen sind nach wie vor am glänzendsten besucht, zwar war das bisher ja nie ein richtiger Maßstab für den Wahlausgang, aber dieses Mal muss man doch sehen, wie viele neue Schichten zu uns strömen, um uns zu hören.“ Zufrieden bilanzierte Flieg den Erfolg der „Programmerklärung“ mit den Worten: „Franz, man kann sagen, es ist eine Lust zu leben.“⁹³

Doch ist es zweifelhaft, ob Funktionäre wie Leow, Flieg, Neumann oder Ulbricht, die sich nun in Diskussionsveranstaltungen mit NS-Größen wie Joseph Goebbels maßen⁹⁴, für die deutsche Partei repräsentativ waren. Denn wie Thälmann noch Anfang 1932 auf einer ZK-Tagung feststellte, blieben in großen Teilen der KPD-Basis weiterhin „die allergrößten Hemmungen“ bestehen, offen nationalistisch aufzutreten (und auch hier scheint Thälmann nicht zuletzt über seine eigenen Hemmungen gesprochen zu haben).⁹⁵ Dies betraf nicht nur die Agitation im Inland: Auf der erwähnten Tagung des Westeuropäischen Büros vom Dezember 1932 über die französische Besetzung des Ruhrgebietes beklagten sich sowohl der elsässische Kommunist als auch der Vertreter der tschechoslowakischen KP, dass sich die deutschen Funktionäre überhaupt nicht für den Kampf ihrer Parteien gegen die „Unterdrückung“ der jeweiligen deutschen Minderheiten interessierten, im Gegenteil: Während die tschechischen Anfragen in Berlin schlicht ignoriert wurden, seien die elsässischen Kommunisten auf internationalen Konferenzen von den deutschen und französischen Funktionären stets gemeinschaftlich als nationalistische Separatisten „verhauen“ worden.⁹⁶

Mit ihrem nationalistischen Kurs dürfte die KPD also zumindest Teile ihrer Stammwählerschaft verunsichert haben, wohingegen sie unter Nationalisten kaum zusätzliche Anhänger gewinnen konnte.⁹⁷ Im Karl-Liebknecht-Haus

⁹³ Brief Fliegs an Dahlem vom 28. 8. 1930, RGASPI 495/292/51: 64 f.

⁹⁴ Vgl. den Bericht des Vorwärts vom 29. 10. 1930.

⁹⁵ Thälmann, Der revolutionäre Ausweg und die KPD, S. 46. Vgl. dazu: Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. 292–294; Fischer, The German Communists and the Rise of Nazism, S. 108.

⁹⁶ Stellungnahmen der Vertreter der „KP von Elsass-Lothringen“ und der KPTsch auf der „Essener Konferenz“ des WEB des EKKI am 30. 12. 1932, RGASPI 495/19/80: 36–45, hier: 43 f. und 97–105, hier: 99.

⁹⁷ Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. 289–292, geht davon aus, dass die KPD mit der Programmerklärung tatsächlich eine große Anziehungskraft auf nationalrevolutionäre Gruppen gehabt habe. Allerdings ist fraglich, ob diese Splittergruppen für die KPD quantitativ bedeutsam waren. Vgl. dazu: Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 41 f.

scheint man diese Gefahr gesehen zu haben, denn die KPD betrieb schon im Herbst 1930 einen geradezu schizophrenen Wahlkampf: Während sich die Partei einerseits mit nationalistischen Parolen um potentielle NS-Wähler bemühte, trat sie andererseits gleichzeitig mit dem Anspruch an, die „einzige antifaschistische Partei“ zu sein. Die Führungsfunktionäre versuchten diesen Widerspruch dialektisch zu überwälzen. Die „Auseinandersetzung mit dem Faschismus“ sei, so hieß es in einer internen Anweisung für den Wahlkampf, „zugleich das Kettenglied für die Partei, um an die SPD-Arbeiter heranzukommen“.⁹⁸ Tatsächlich stellte die KPD-Propaganda im Reichstagswahlkampf 1930 dem Kommunismus erstmals nicht mehr nur unscharf den „Faschismus“ als politischen Gegner gegenüber, worunter weiterhin auch die SPD gerechnet werden konnte, sondern versuchte zu belegen, dass die KPD sich besonders auf den Kampf gegen den Nationalsozialismus konzentriere.⁹⁹ Dennoch gestand die KPD mit dieser Vorgehensweise indirekt ein, dass die nationalpopulistische Wende der KPD an der Basis nicht überall auf Begeisterung oder gar Verständnis gestoßen war.

Und tatsächlich waren nicht die deutschen Kommunisten, sondern die Nationalsozialisten bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 die Gewinner. Die NSDAP, die bislang 12 Abgeordnete gestellt hatte, konnte nunmehr 107 Sitze im neugewählten Parlament besetzen (das entsprach einer Steigerung des Stimmenanteils von 2,6 auf 18,3 Prozent). Demgegenüber nahmen sich die Zuwächse der KPD bescheiden aus; die Kommunisten konnten sich von 54 auf 77 Sitze steigern, sie hatten nun 13,1 Prozent der Stimmen erhalten statt der 10,6 Prozent von 1928. Die SPD hatte vergleichsweise leichte, die DNVP dramatische Verluste erlitten. Die SPD sank von 29,8 auf 24,5 Prozent, die DNVP stürzte von 14,2 auf 7,0 Prozent ab.¹⁰⁰

Die KPD-Führung gab sich nach der Reichstagswahl vom 14. September 1930 trotz des NS-Wahlsieges sowohl in ihren öffentlichen Stellungnahmen als auch im internen Rundschreiben an die Bezirke betont optimistisch: Zwei Tage nach dem Urnengang lasen die erstaunten Zeitgenossen in der *Roten Fahne*, die NSDAP trage nach ihrem überraschenden Erdrutschsieg bereits den „Keim kommender Zersetzung“ in sich.¹⁰¹ Der Aufstieg der NSDAP sei zwar, so wurden die Bezirksleitungen wenige Tage später in einem internen Rundschreiben belehrt, „in diesem Maße unerwartet“ gekommen, letztlich aber „von zweitrangiger Bedeutung“ – schließlich handele es sich hierbei lediglich um „Umgruppierungen innerhalb des bürgerlichen konterrevolutionären Lagers.“ Dass dieser Zweckoptimismus nicht

⁹⁸ Bericht über „Die Vorbereitung des Wahlkampfes der KPD“ vom 31. 7. 1930, SAPMO-BArch RY 1/I 2/5/3: 110–113, hier: 113.

⁹⁹ Vgl. Ward, „Smash the Fascists...“, S. 38, Anm. 30. Überschriften wie „Nationalsozialismus oder Bolschewismus?“ waren aber teilweise wiederum auf NS-Anhänger ausgerichtet. Vgl. den vielsagenden Titel von: Remmele, Sowjetstern oder Hakenkreuz? Die Rettung Deutschlands aus Youngklaverei und Kapitalknechtschaft.

¹⁰⁰ Ergebnisse nach: Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, 52. Jg., 1933, S. 539. Zur Analyse der Wählerbewegungen: Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 189–194.

¹⁰¹ Die Rote Fahne vom 16. 9. 1930. Ähnlich: Ernst Thälmann in der Roten Fahne vom 20. 9. 1930.

allgemein geteilt wurde, verdeutlichte die Aufforderung, dass die Partei nun jeglicher „Panikmacherei [...] wegen des nationalsozialistischen Wahlerfolges“ entgegenzutreten müsse.¹⁰²

Auch in Moskau war man vom Erfolg der NSDAP überrascht worden – Karl Radek verglich den Aufstieg der NSDAP bildhaft mit der Entstehung einer vulkanischen Insel im Meer.¹⁰³ Wie immer, wenn sich Prognosen als falsch erwiesen, begann die Suche nach Sündenböcken. Als das EKKI-Präsidium über die Reichstagswahl beriet, herrschte dementsprechend eine angespannte Stimmung. Der deutsche Vertreter Heckert machte auf die „merkwürdige Übereinstimmung“ aufmerksam, dass die NSDAP überall dort Erfolge errungen habe, wo die KPD zuvor mit „sektiererischen Tendenzen“ im Sinne Paul Merkers aufgetreten sei und schob somit indirekt der Komintern die Verantwortung zu, die Merker gestützt hatte.¹⁰⁴ Pjatnickij dagegen führte den Sieg der NSDAP hauptsächlich darauf zurück, dass die KPD zu spät ihr nationales Profil verstärkt habe: Der Fehler der KPD sei gewesen, dass sie die Anti-Youngplan-Kampagne des „Nationalsozialist[en] Hugenberg“ nicht ernst genommen habe und zu spät mit der nationalistischen „Programmerklärung“ hervorgetreten sei. Erst als die KPD die „Programmerklärung“ zum „Gemeingut“ gemacht habe, so belehrte Pjatnickij den deutschen Vertreter, „da gingen Arbeiter, Angestellte und sogar ein Teil der Kleinbourgeoisie, die früher der Sozialdemokratie folgten, zu uns über“. Der Kominternsekretär zeigte sich überzeugt, „dass wir einen größeren Erfolg gehabt und die Nationalsozialisten nicht so viele Stimmen bekommen hätten“, wenn das Programm ein Jahr früher erschienen wäre.¹⁰⁵

Ein Strategiewechsel war also nicht vorgesehen – und angesichts der wirren Analyse des Kominternsekretärs auch gar nicht möglich: Es blieb Pjatnickijs Geheimnis, wieso er ausgerechnet Wähler der Sozialdemokratie mit nationalistischen Parolen ködern wollte – und wie die Charakterisierung Hugenburgs als „Nationalsozialist“ verdeutlicht, vermengten sich in seiner ideologisch geprägten Wahrnehmung grundlegende Fakten der deutschen Parteipolitik. Anstatt somit die nationalpopulistische Politik als Sackgasse zu erkennen, wurden die deutschen Kommunisten angegriffen, weil sie diese nicht konsequent genug durchgeführt hätten. Als Thälmann und Neumann Ende Dezember 1930 von Stalin empfangen wurden, um mit ihm die Resolution der bevorstehenden Tagung des ZK der KPD zu besprechen, wurde ihnen vom Generalsekretär deshalb aufgetragen, die nationalpopulistische Propaganda fortzusetzen.¹⁰⁶ Von nun an sollte die KPD mit

¹⁰² Rundschreiben Nr. 12: Anweisungen des Sekretariates vom 18. 9. 1930, abgedruckt in: Weber, Generallinie, S. 204 f.

¹⁰³ Radek, Die Bilanz der Reichstagswahlen.

¹⁰⁴ Heckert über das Wahlergebnis in der Sitzung des EKKI-Präsidiums vom 28. 10. 1930, RGASPI 495/2/136: 6–50, hier: 23 f.

¹⁰⁵ Pjatnickij in der Sitzung des EKKI-Präsidiums vom 28. 10. 1930, RGASPI 495/2/136: 88–92, hier: 89 f. Pjatnickij sprach russisch, das Wort „Schlagworte“ sprach er in deutsch aus.

¹⁰⁶ Vgl. u. a. den Brief Knorins, Manuilskijs, Pjatnickijs, Kuusinens an Stalin und Molotov vom 28. 10. 1931, RGASPI 495/19/236: 120–128, hier: 125.

der Parole der „Volksrevolution“ auf Stimmenfang gehen – eine Parole, die von Thälmann folgsam auf dem ZK-Plenum der KPD im Januar 1931 propagiert wurde.¹⁰⁷

3. Über das Ziel hinausgeschossen

Bislang wurde die Forschung von der These dominiert, der zufolge die national-populistische Politik der KPD in den Jahren 1930/31 maßgeblich von den Interessen der sowjetischen Außenpolitik bestimmt wurde. Wenn man dieser Prämisse folgte, musste jedoch unverständlich bleiben, warum diese Politik Mitte 1931 wieder weitgehend zurückgenommen wurde, obwohl sich in dieser Zeit weder die deutsch-sowjetischen Beziehungen noch die innenpolitische Situation in Deutschland wesentlich verändert hatten. Tatsächlich wandte sich die KPD aus anderen Gründen vom Nationalpopulismus ab: Aus Sicht der Komintern hatten sich die deutschen Kommunisten einer „nationalistischen Abweichung“ schuldig gemacht – ein Vorwurf, der nur wenig später auch einigen Parteiführern in den sowjetischen Teilrepubliken gemacht wurde.

Zur Jahreswende 1930/31 war von diesem Konflikt noch nichts zu spüren – schließlich machte sich die KPD-Führung daran, die Vorgaben aus Moskau endlich eifrig umzusetzen. Das Werben um NS-Anhänger fiel den deutschen Kommunisten umso leichter, als sie zumindest eine Erwartung der Kominternfunktionäre teilten, dass nämlich die NSDAP in absehbarer Zeit zerfallen werde, weil ihre Anhängerschaft zu heterogen sei, um sie auf Dauer zusammenzuhalten.¹⁰⁸ Knorin sah schon im Juli 1930 in der Abspaltung der „revolutionären Nationalsozialisten“ um Otto Straßer von der NSDAP¹⁰⁹ einen Beleg dafür, dass es den Nationalsozialisten nicht gelänge, die „proletarischen Elemente“ in ihrer Partei auf Dauer „mit Hilfe einer nackten Demagogie“ festzuhalten.¹¹⁰ Nach der Wahl vom September 1930 gingen die Führungskader sowohl in Moskau¹¹¹ wie in Berlin¹¹² davon aus, dass die KPD den Anhang der Nationalsozialisten übernehmen könne, sobald dieser von der NSDAP enttäuscht sei. Wie wir gesehen haben, hatte diese Hoffnung schon im Februar 1930 getrogen, nachdem die NSDAP in die thüringische Landesregierung aufgenommen worden war, dennoch bezeichnete Thälmann die Wahlerfolge der NSDAP noch im Juni 1931 als „eine höchst kurzfristige

¹⁰⁷ Thälmann, Volksrevolution über Deutschland, S. 20f. Vgl. auch den Bericht der Roten Fahne vom 20. 1. 1931 („Unter dem Banner des Leninismus! Die Plenartagung unseres Zentralkomitees“).

¹⁰⁸ Heckert, Die deutschen Reichstagswahlen und die Aufgaben der KPD.

¹⁰⁹ Zu Straßer vgl. Moreau, Nationalsozialismus von links.

¹¹⁰ Geschlossener Brief des PS an das ZK der KPD vom 22. 7. 1930, überarbeitete Fassung vom 28. 7. 1930, RGASPI 495/3/170: 385–389.

¹¹¹ Zur sowjetischen Sicht vgl. u. a.: „Narastanie revoljucionnogo krizisa v Germanii“ [Das Ansteigen der revolutionären Krise in Deutschland], in: Pravda vom 16. 9. 1930; Radek, Die Bilanz der Reichstagswahlen.

¹¹² Rundschreiben Nr. 6. Anweisungen des Sekretariates des ZK der KPD vom 25. 3. 1931, abgedruckt in: Weber, Generallinie, S. 305f.

Scheinblüte“.¹¹³ Wie gewohnt ließ sich Heinz Neumann auch in dieser Beziehung von keinem seiner Genossen übertreffen, als er im Mai 1931 in einem Brief an Leo Flieg erklärte, dass die „ursprüngliche Stosskraft der Nazibewegung“ bereits gebrochen sei und die NSDAP „politisch-klassenmäßig ihren Höhepunkt *überschritten*“ habe. Für diejenigen, die nicht an den baldigen Zerfall des Nationalsozialismus glauben mochten, hatte Neumann nur Spott übrig. Willi Münzenberg, so lästerte er beispielsweise in dem Brief an Flieg, sei von der „Nazipsychose“ ergriffen worden, die in der deutschen Gesellschaft vorherrsche und leide „an herzergreifender Überschätzung der Nazis“.¹¹⁴

Weil der Aufstieg des Nationalsozialismus als Anzeichen der Krise des Kapitalismus interpretiert wurde, als „Kehrseite“ des revolutionären Aufschwunges¹¹⁵, erschien er Kommunisten wie Neumann nicht einmal eindeutig negativ: Bereitede er nicht der proletarischen Revolution den Weg, indem er die bürgerliche Gesellschaft zersetze?¹¹⁶ Nach Ansicht der KPD-Führung wurde der Faschismus somit zu seinem eigenen Totengräber.

Als der Reichswehrleutnant Richard Scheringer von der NSDAP zur KPD übertrat, schien dies die Erwartung erneut zu bestätigen, dass die nationalsozialistische Partei zerfalle. Scheringer war während seiner Festungshaft im mecklenburgischen Gollnow von kommunistischen Funktionären überzeugt worden, dass die KPD „nationalrevolutionär“ ausgerichtet sei. Hans Kippenberger, der Leiter des geheimen Militärapparates der KPD, verkündete am 19. März 1931 im Reichstag den Übertritt des ehemaligen Nationalsozialisten.¹¹⁷ Noch im April 1931 kommentierte Manuilskij diesen Coup wohlwollend: Auf dem XI. EKKI-Plenum meinte er, Scheringer sei ein „interessanter Fall“ und belege, dass die KPD mit dem Begriff der „Volksrevolution“ einen Millionenanhang gewinnen könne.¹¹⁸

In den nächsten Monaten wurde Scheringer für die KPD zu einer zentralen Symbolfigur: Im Rahmen des nun so genannten Scheringer-Kurses arbeitete die deutsche Parteiführung daran, diejenigen Rechtsextremen, die von dem Legalitätskurs Hitlers¹¹⁹ enttäuscht waren und auf einen gewaltsamen Umsturz der

¹¹³ Thälmanns Rede im Sportpalast Berlin am 12. 6. 1931 wurde abgedruckt in der Roten Fahne vom 13. 6. 1931. Ähnlich: Thälmann, Vorwärts unter dem Banner der Komintern, S. 11–13, 31; und: ders., Die Lage in Deutschland, S. 32 (Thälmanns Referat vor dem XI. EKKI-Plenum).

¹¹⁴ Brief Neumanns an Flieg aus Suksu vom 25. 5. 1931, RGASPI 495/19/527a: 207–214. Hervorhebungen im Original.

¹¹⁵ Vgl. Resolution des Politbüros der KPD „zum Kampf gegen den Faschismus“ vom 4. 6. 1930, veröffentlicht in der Roten Fahne vom 15. 6. 1930.

¹¹⁶ Vgl. Weingartner, Stalin und der Aufstieg Hitlers, S. 50–52.

¹¹⁷ Zu Scheringer und dem so genannten Scheringerkurs der KPD vgl. u.a.: Schüddekopf, Linke Leute von rechts, S. 287–305; Coppi, Aufbruch, S. 29–33; und die Erinnerungen Scheringers: Scheringer, Das große Los. Das Sekretariat des ZK der KPD beschloss in seiner Sitzung am 25. 3. 1931, den Übertritt Scheringers in einem „Traktätchen an die Nazis“ zu erläutern und ein Flugblatt Scheringers mit einem Aufruf an die SA zu veröffentlichen, SAPMO-BArch RY 1/I 2/5/3: 194.

¹¹⁸ Schlusswort Manuilskijs vor dem EKKI-Plenum am 6. 4. 1931, RGASPI 495/169/87: 39.

¹¹⁹ Hitler hatte in dem Hochverratsprozess gegen Scheringer und andere am 25. 9. 1930 unter Eid ausgesagt, dass die NSDAP ihre Ziele nur auf legalem, verfassungskonformem Wege erreichen wolle. Vgl. Winkler, Weg in die Katastrophe, S. 220f.

Weimarer Republik sowie soziale Veränderungen hofften, an die KPD heranzuführen. In erster Linie dachten die Strategen der KPD dabei an Leute wie die Berliner SA-Männer unter Walter Stennes, die Anfang April 1931 gegen Hitler gemeutert hatten und schließlich in einem Akt „innerparteilicher Flurbereinigung“ aus der Partei ausgeschlossen worden waren.¹²⁰ Seit Juli 1931 gab die KPD sogar ein spezielles Publikationsorgan heraus, das den erwarteten Massenübertritt aus dem rechten Lager beschleunigen sollte – die Zeitschrift trug den Titel „Aufbruch. Kampfblatt im Sinne des Leutnants a.D. Scheringer“; in ihr publizierten neben Kommunisten auch einige prominente Nationalrevolutionäre.¹²¹

Allerdings wurde man in Moskau schon bald unruhig, weil sich die KPD nach Ansicht der Komintern allzu intensiv um abtrünnige Rechtsextreme bemühte. Nachdem sich die KPD-Presse begeistert über den Wechsel der Landvölkführer Bruno von Salomon und Claus Heim zur KPD ausgelassen hatte, wurden die deutschen Genossen im Juni 1931 von der Komintern ermahnt, sich in ihren Zeitungen „doch nicht allzu viel mit solchen Leuten“ zu beschäftigen – oder sich zumindest kritisch mit deren früheren Stellungnahmen auseinander zu setzen.¹²² Aus Sicht der Komintern wurde die KPD nämlich mittlerweile von den übergelaufenen „Nationalrevolutionären“ als Propagandaplattform ausgenutzt: Sicherlich sei der Leutnant Scheringer nützlich gewesen, um in die Reichswehr einzudringen und diese zu zersetzen, so kritisierte Knorin das Verhalten der KPD gegenüber dem Vorzeige-Nationalisten, doch „wenn Scheringer in unserer Partei die Gelegenheit hat, so zu sprechen und zu schreiben, wie er vor dem Eintritt in die kommunistische Partei gesprochen und geschrieben hat, wird er nur unsere Partei [d.h. die KPD] zersetzen“.¹²³

Die tieferen Ursachen für diese Entwicklung sah die Kominternführung in einer Fehlinterpretation der „Volksrevolutions“-Strategie durch die KPD: In den Augen der Komintern waren die deutschen Kommunisten über das Ziel hinausgestürzt, indem sie ihre Partei nicht mehr als dezidierte Arbeiter-, sondern gewissermaßen als Klassen überwölbende „Volkspartei“ präsentierten. Tatsächlich erklärte die KPD ihre erhöhten Wahlkampfkosten gegenüber der Budgetkommission des EKKI noch Anfang 1932 unter anderem damit, dass sie ja für die verschiedensten gesellschaftlichen Gruppen spezielle Broschüren und Flugblätter drucken müsse.¹²⁴ Für eine Kampagne im August 1931 hatte die KPD beispielsweise mehrere hunderttausend Flugblätter für „Nazi[s]“, für sozialdemokratische

¹²⁰ So Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg?*, S. 460 mit weiterführender Literatur zu diesem Ereignis.

¹²¹ Eine breite Auswahl von Artikeln aus dieser Zeitschrift ist abgedruckt in: Coppi, *Aufbruch*.

¹²² Protokoll Nr. 177 der PK vom 10. 6. 1931, Pkt. 4, RGASPI 495/4/114: 1. Ein entsprechendes Schreiben konnte leider noch nicht aufgefunden werden; wahrscheinlich wurde der KPD ein kurzes Telegramm geschickt. Die Telegramme der Komintern sind bislang nicht zugänglich.

¹²³ Knorin im PS vom 1. 12. 1931, RGASPI 495/3/227: 369–389, hier: 386. Vgl. dazu auch das Referat von Manuilschij vor dem PS am 6. 10. 1931 über „politische Provokationen“, RGASPI 495/18/864: 6–94, hier v. a.: 72 f.

¹²⁴ Vgl. Brief Golkes an Budgetkommission des EKKI mit Bitte um Wahlkampfkostenzuschuss vom 24. 3. 1932, SAPMO-BArch RY 1/I 2/704/8: 113–115.

und christliche Arbeiter, für Landarbeiter, für Bauern, Erwerbslose, Hausfrauen, Stahlhelm-Angehörige, Angestellte, Sozialrentner, Mittelständler, Beamte und Sparer drucken lassen.¹²⁵

In einem Brief an Stalin und Molotov vom Oktober 1931 bemängelten die führenden Kominternfunktionäre daher, die KPD-Spitze habe allmählich aus den Augen verloren, dass die städtischen Mittelschichten sowie die Bauern und Angestellten „lediglich Verbündete des Proletariates sind, dass ihre Eroberung für die Revolution von zweitrangiger Bedeutung ist“. Mit ihrer Propaganda habe die KPD nicht nur die „Vertuschung der führenden Rolle des Proletariates“ gefördert, sie habe sich zudem völlig verzettelt: Die Partei konzentriere sich immer mehr auf allerlei „Volksaktionen“, „Volkskongresse“ und „Volkskomitees“, die, „obwohl sie der Partei keine nennenswerten Schichten der städtischen Kleinbourgeoisie, der Angestellten und Bauern zuführten, dennoch die Aufmerksamkeit der Partei von den Fabriken und Betrieben abzogen, diesem wesentlichen Fundament ihrer Arbeit“. Bedenklich sei vor allem, dass sich die deutschen Genossen durch ihre nationalistische Propagandarbeit mittlerweile „den Einstellungen und Stimmungen“ der rechtsradikalen Parteien angepasst hätten. Am deutlichsten habe sich dies gezeigt, als die KPD-Fraktion auf Beschluss des deutschen ZK hin im Reichstag den Antrag gestellt habe, Hjalmar Schacht, Hitler, Hugenberg und Seldte wegen „Volks- und Landesverrat“ zu verhaften.¹²⁶

Angesichts der Tatsache, dass der deutsche Parteivorsitzende die nationalpopulistische Politik, die Stalin persönlich initiiert hatte, zunächst nur widerstrebend verfolgt hatte und die KPD mehrmals von Moskau gerügt worden war, weil sie sich nicht nationalistisch genug gebärdet hatte, war diese Kritik erstaunlich. Doch muss der Brief der Kominternführung an Stalin vor dem Hintergrund gesehen werden, dass der Generalsekretär auf eine Fehlentwicklung hingewiesen werden sollte, die der KPD offensichtlich schadete, für die Stalin aber natürlich nicht verantwortlich gemacht werden durfte – gerade weil die entscheidenden Anregungen für diesen Kurs von ihm selbst gekommen waren. Das Problem bestand für die Kominternführung nun darin, wie sie diese „Volksrevolutions“-Strategie korrigieren sollte, ohne Stalins Hauptverantwortung offen zu legen. Die KPD-Führung musste daher ein weiteres Mal als Sündenbock herhalten. Sie wurde ermahnt, sich zukünftig stärker um – so Manuilskijs Worte in einer internen Sitzung der Kominternspitze – die „richtige Orientierung“ ihrer Partei kümmern. Mit anderen Worten: Die deutschen Kommunisten sollten sich wieder mehr auf ihre „Klientel“, die Arbeiterschaft, konzentrieren. Als sei die Idee, auch nichtproletarische NS-Anhänger für die KPD zu gewinnen, nicht ursprünglich von Moskau ausgegangen, erklärte Manuilskij: „Uns scheint, dass ein Betriebsarbeiter, der die Arbeiter des betreffenden Betriebes hinter sich führt, uns zehnmal teurer ist, als diese Leute.“¹²⁷

¹²⁵ Vgl. Brief Golkes an Budgetkommission des EKKI mit Bitte um Wahlkampfkostenzuschuss vom 29. 7. 1931, RGASPI 495/19/525: 35–37.

¹²⁶ Brief Knorins, Manuilskijs, Pjatnickijs und Kuusinens an Stalin und Molotov vom 28. 10. 1931, RGASPI 495/19/236: 120–128, hier: 121–123.

¹²⁷ Manuilskij in der Sitzung des PS vom 1. 12. 1931, RGASPI 495/3/227: 124–130, hier: 128.

Die Parallelität des Nationalpopulismus in Deutschland und der sowjetischen Nationalitätenpolitik ist offensichtlich: In beiden Fällen diente die nationalistische Rhetorik in erster Linie als Instrument, um zusätzliche Anhänger für den Kommunismus zu sammeln, die sich von den Klassenkampfparolen nicht begeistern ließen. In beiden Fällen aber sahen die Moskauer Funktionäre neben den Chancen auch Gefahren – und die Hauptgefahr lag darin, dass sich der instrumentalisierte Nationalismus verselbstständigte. Aus diesem Grunde wurde dann sowohl der Nationalpopulismus der KPD als auch die sowjetische Indigenisierungspolitik stark zurückgefahren: Gleich dem Zauberlehrling konnte die Moskauer Zentrale die Geister nicht mehr bändigen, die sie gerufen hatte.

Allerdings lag diese Fehlentwicklung in den Augen der bolschewistischen Führung nicht im Konzept der Instrumentalisierung des Nationalismus an sich begründet, sondern an den „Abweichungen“ der ausführenden Funktionäre, die ihrer Propaganda nicht den nötigen „Klassengehalt“ verpassten. Anders formuliert: Die nationale Form war in Ordnung, doch es fehlte der sozialistische Inhalt. Dass die „Volksrevolution“ ein „Synonym“ für die proletarische Revolution sein sollte, schien der KPD aus Moskauer Sicht zunehmend aus dem Blick zu geraten, weshalb sich die Komintern Ende 1931 zum Eingreifen entschloss.

Aus ähnlichen Gründen beschloss das Politbüro der VKP(b) im Dezember 1932, die sowjetische Nationalitätenpolitik auf den Prüfstand zu stellen. Den Anlass für den abrupten Wandel bildete die Getreiderequirierungskrise im Hungerwinter 1932/33. Wenngleich die Indigenisierung nicht aufgegeben wurde, entschied sich die sowjetische Führung für einen Kurswechsel, weil sie die Krise darauf zurückführte, dass sich leitende ukrainische Funktionäre eher ihren nationalen Interessen als denen des Sowjetstaates verpflichtet fühlten.¹²⁸

¹²⁸ Vgl. Martin, *The Affirmative Action Empire*, S. 273–307; Shapoval, *Der russische Nationalismus*, S. 296–305.